

BUG

★
IMMER
NOCH
FÜR
ALLE...

am 4. MÄRZ
DEMO in ALMELO
ausführlich auf Seite 9

1010

27.2.78

wöchentlich

Jhg 51 ^{SPÄTLESE}

brd 0.70

wb 0.50



BERLINER

UNDOGMATISCHEN

GRUPPEN

BUG'S FAMILIEN-ECKE

vorschlag

ergänzung zum artikel "hausmitteilung"
wenn das BUG in zukunft über 20 seiten hat, dann wird es immer 1 DM kosten.

den überschußbetrag kann man/frau denen geben, die es dringend brauchen. ich denke dabei in erster linie an zwei betroffene personen.

1) vor kurzem ist ja eine frau von der feuerwache wegen angeblichen eierwerfens zu 300 DM verurteilt worden. die frau ist wahllos aus einer menschenmenge von den bullen herausgegriffen worden, genau dies hätte uns allen passieren können. daher ~~ist~~ sollten wir alle für das geld aufkommen (siehe BUG 1009)

2) am 2.3.78 soll in stuttgart der prozeß gegen günter sonnenberg stattfinden (siehe ID 216). der verteidiger seiner wahl, ra heinisch aus berlin, ist bis jetzt noch nicht als pflichtverteidiger zugelassen worden (und wird wahrscheinlich auch nicht zugelassen werden), d.h. günter sonnenberg hat bisher nur einen zwangsverteidiger (ihr wißt ja alle, was dies bedeutet). ra heinisch hat die möglichkeit, in stuttgart am prozeß teilzunehmen, wenn die finanzierung gesichert ist, um aber günter sonnenberg eine bestmögliche verteidigung zukommen zu lassen (gerade im modell deutschland), ist es unbedingt notwendig, daß man/frau den ra finanziell unterstützt, damit er zum jedem prozeßtermin in stuttgart aufkreuzen kann.

Ich hoffe, daß alle mit dieser lösung einverstanden sind. Natürlich gibt es bestimmt noch andere projekte, aber gerade diese beiden pkte. sind zur zeit am notwendigsten.
Auch kann natürlich über diesen vorschlag erst endgültig auf dem BUG-Plenum abgestimmt werden.

ein Templer.

P.S. Das BUG-Plenum findet am 12. 3. 78 um 15.00 Uhr im DRUGSTORE statt. Leute, seid pünktlich zur stelle.

Nachtrag: Dieser Vorschlag ist von vielen leuten gekommen, also nicht nur von mir allein. Ich habe in der zwischenzeit mit weiteren Leuten darüber gesprochen, die alle den vorschlag positiv finden.

Wenn wir immer montags pünktlich um 17.00 Uhr mit dem BUG-Legen anfangen; und wenn das AGIT-Komitee 'ne halbe stunde später anfängt (also 19.30 Uhr), dann sollten wir es schon schaffen, mit dem legen rechtzeitig fertig zu werden; vorausgesetzt, es kommen zahlreiche die Leute vorbeil!

②

1. Wir wollen nicht, daß das Info und das BUG Konkurrenzunternehmen werden, sondern daß beide gemeinsam arbeiten. Das stellen wir uns so vor:

2. 1 Woche BUG - 1 Woche Info. Warum? Weil sonst Artikel, die das BUG nicht abdrucken kann, veraltet sind bis sie mal im Info erscheinen (falls erst alle BUG Leute die Zeitung machen, und dann alle Info-Leute)
Das hieße dann BUG erscheint alle 14 Tage Info - Info.

3. die BUG Leute geben den Artikel weiter, die sie nicht abdrucken.

4. ein paar technische Sachen
Die Frage der Finanzne muß unbedingt geklärt werden:

Was ist mit dem Abo-Konto. ist da überhaupt was drauf?

muß unbedingt jede Gruppe das geld für druck vorschleusen? (Wie wird das Geld von Gruppe zu Gruppe weitergeleitet)

Vielleicht kann jede Gruppe mal veröffentlichen, was sie für druck ausgegeben und wieviel sie eingenommen hat!

Und noch ein frommer Wunsch: Hoffentlich wird's am 12. nicht zu destruktiv!

Kritik am BUG

Auf der einen Seite tut ihr irre auf Anarcho, zeigt ganz schön eure Sympathien aber auf der anderen Seite ist eine Diskussion über so'ne Sachen wie bewaffneter Kampf, Illegalität, Widerstandsformen usw. nicht möglich, wenn Artikel darüber nicht veröffentlicht werden.

Und noch was: Ist der Staatsschutz wirklich nur ein dicker, Zeitung zu beschlagnahmen, in denen Artikel über/von RZ, 2. Juni etc. drinstehen? Oder geht es nicht auch darum, den berühmten "Sympathisantenumpf" auszutrocknen. Und die Buggis sehen ganz schön sumpfig aus. Was sollen sonst die ganzen A, Anarchowitzehen etc. Doch hoffentlich nicht nur, weil's chic ist?

Öffentlichkeit am Mehringdamm ist auch Öffentlichkeit für Bullen.

Die Fehler von heute sind die Verhängnisse von morgen.

♡ Liebe & Kampf ♡

Hört mal zu, ihr konspi's, anarchos, sponties, freaks freunde, genossen usw.: es kotzt mich an, daß ihr laufend artikel schreibt, die so wunderbar zum kons pi-aktionismus aufrufen. klar, automaten sprengen, parolen sprühen, boykottieren, störsenden usw., der fantasie sind ja da keine grenzen gesetzt, ist ja a uch wahnsinnig toll. aber solche und manche anderen aktionen sind in erster linie rationale kisten (muß ja auch sein). frau/man kann zwar auch tolle sachen erleben und ganz klare schritte nach vorne machen, und das kann (machts auch) emotional was bringen, aber ich finde es genauso wichtig, an sich selbst und damit auch an seiner nächsten umgebung was zu ändern, d.h. nicht nur rationell, sondern auch emotional-menschlich was zu tun und das erstmal an sich selbst, was sich dann auch auswirkt. das heißt praktisch: mit sich selbst experimentieren, den ganzen rollenschauspiel dreck aufliegen lassen, sich nicht mehr in fixierte zweierbeziehungen zu retten, oder in andere, beliebig austauschbare kisten (absolutismus) zu flüchten. außerdem habe ich keine lust mehr zu kämpfen um zu leben, wenn ich nicht auch schon jetzt und hier fortschritte erlebe. d.h. ich will auch liebe, aber nicht den alten rollenmist und ich kann nur mit liebe kämpfen. ich erlebe aber leider oft, daß frau/mann auf mich abwehrend reagiert, weil ich versuche ICH zu sein, und nicht irgendwelche masken aufzusetzen, die mich ankotzen. aber wer will schon im sumpf ersticken? ich nicht!
also leute, ich hoffe der artikel hat UNS ein bißchen angetörnt, so daß wir uns alle bald mal zusammen setzen und auf ein körpertunix zu-schwimmen können. wir müssen/sollten endlich eine verbindung zwischen kopf und bauch schaffen. hey das wär toll!
also bis dann mit anarchistischen liebkosungen
ICE

An alle Abonnenten

-und solche, die es werden wollen

(Ach ja, unsere Adresse ist: BUG, Mehringdamm 99, 7 Berlin 61)

Seid bitte nicht sauer, daß das mit den Abo's etwas chaotisch lief, aber ihr wißt ja, was bei uns los war.

Aber jetzt mal für alle, die ein Abo verlängern, oder auch neu machen wollen:

Wir haben da zwei Probleme, zum einen haben wir noch kein Konto, zum anderen ist die Form und das Schicksal der Zeitung noch nicht ausdiskutiert, das heißt, wir erproben gerade das jetzige Konzept.

Falls ihr aber trotzdem genug Vertrauen in uns und das weitere Erscheinen der Zeitung habt (der Staatsschutz ist ja nicht allmächtig, und wir sind manchmal auch ganz gut) ..also, wenn ihr uns Geld für Abo schicken wollt, dann müßt ihr uns eben 'nen Scheck oder Bargeld oder Briefmarken schicken. Schön wär's, wenn ihr das bald machen könntet, denn die Abo's werden allmählich ein ganz schön dicker Verlustposten in unserer Rechnung, -dabei haben wir sowieso nicht viel

Moos. Also dann, Freiheit und Glück

GUTEN TAG , Du BUG-Kritiker !

3

Dein Problem wird schon klar bei dem was Du schreibst. Daneben verraten mir deine Zeilen aber noch einiges darüber, wie's sonst noch in Deinem Kopf aussieht.

Viele A's also siehst Du im BUG, Anarchowitzchen, "BUG zeigt Sympathien" usw., für dich steht aber fest, daß das BUG nicht zum Sumpf gehört, sondern nur "sumpfig" aussieht", nur "irre auf Anarcho tut".

Deine Begründung: Bestimmte Artikel (über so'ne Sachen) würden nicht veröffentlicht.

Ich will mich jetzt hier nicht schon wieder darüber auslassen, daß diese Aussage so nicht stimmt (wie Du vielleicht weißt, ist auf dem letzten Plenum beschlossen worden, daß unter allen Umständen versucht werden soll, alles zu drucken).

Nehmen wir aber mal an es wäre so, wie Du sagst. Auch dann würde Deine Kritik nur treffen, wenn die Gleichung, die Du im Kopf hast (Anarchismus = Bumm), richtig wäre. Wenn Du von "Illegalität" redest, denkst Du aber an Untergrund, wenn Du von "Diskussion über Widerstandsformen" redest, hast Du schon ganz bestimmte Widerstandsformen im Kopf.

Und dies wiederum scheint mir doch eine sehr dogmatische Haltung zu sein. Denk mal drüber nach, ob unter Anarchismus nicht doch noch mehr zu verstehen ist, u.a. auch dies: jeder Gruppe, jedem Individuum seine eigenen Kampfformen zuzugestehen.

Dies ist eines der wichtigsten Dinge auf die Du stoßen wirst, wenn Du mal anfängst, ein bißchen in der Geschichte des Anarchismus 'rumzuwühlen.

Und das heißt halt - auch wenn Dir das stinken sollte - daß der bewaffnete Kampf nur eine Möglichkeit unter anderen ist.

Schwierigkeiten einer Ex-Bankräuberin
(ein Artikel in "Die Zeit")

"Ihnen ist eben alles zuzutrauen"

Der Bundespräsident mahnte kürzlich die Terroristen zur Umkehr und versprach ihnen "Rechtsstaatliche Behandlung". Wie aber geht es einem Menschen, der dies auch tatsächlich versucht, der nach Verbüßung seiner Strafe in der Gesellschaft und nicht im Untergrund leben will?

Margit Czenki, bekanntgeworden durch einen politisch motivierten Banküberfall (Beute: 54382,66 DM) im Jahre 1971 in München und daraufhin zu 6 1/2 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, versucht diesem Weg. Allen Widrigkeiten zum Trotz. Denn seit die heute 35 jährige Frau vor zwei Jahren aus dem bayerischen Frauengefängnis Aichach auf Bewährung entlassen wurde, machen Polizei und Presse, Staatsanwaltschaft und Wohnungsvermieter ihr immer wieder Schwierigkeiten. Ihr Strafmaß hat die Kindergärtnerin und Heilpädagogin wohl abgesessen, doch die Strafe hängt ihr immer noch nach. Einmal Bankräuberin - immer Bankräuberin?

Zu Margits Entwicklung:

Kindheit in einer warmen, wenn auch armen städtischen Familie ("Ich hab gelebt wie in einem Nest") Staatsexamen als Kindergärtnerin, Ehe mit einem Hochschuldozenten, ein Kind; 1969 Ausbruch aus der Bürgerlichkeit, Selbstbestimmungsversuche in einer Münchner Kommune, Hochschule für Politische Wissenschaften, Kampf um einen Uni-Kinderladen. Bei einer Demonstration von Studenten mit Kindern vor dem bayerischen Kultusministerium sieht sie, daß heranstürmende Polizisten keinerlei Rücksicht auf die Kleinen nehmen: "Da sind wir nichts wie weg, obwohl wir doch nur gerufen hatten: 'Wir wollen einen Kinderladen.'"

Es folgen Hausdurchsuchungen, Diskussion über bewaffneten Widerstand, Demonstrationen, Protestmärsche, dazwischen die Scheidung. Im Hintergrund der Krieg in Vietnam, der Einmarsch amerikanischer Soldaten in Kambodscha. 1971: "Irgendwann hats mir gereicht und wir haben die Bank gemacht."



Ende 1975 wird Margit Czenki entlassen. Mit 33 Jahren denkt sie jetzt differenzierter über die Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderungen: "Ein Leben im Untergrund kommt für mich nicht mehr in Frage." Das für Bewährungsgesuch zuständige Oberlandesgericht München stellt zwar fest, "Daß ihre politische, als Tatmotiv dienende Grundüberzeugung von der Ungerechtigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung im wesentlichen uneingeschränkt fort dauert". Doch kommt es schließlich zu der Auffassung, daß die Gefahr einer abermaligen Straffälligkeit als gering einzuschätzen sei. Für ihren Anwalt Jürgen Arnold war der Gerichtsentcheid ein "mutiger Entschluß, weil meines Wissens zum ersten Mal eine politische Straftäterin zur Bewährung aus der Haft entlassen wurde".

Jetzt sitzt Margit Czenki zwischen allen Stühlen. Den Typus "angepasstes Frauchen" verkörpert sie nicht, hat auch nicht vor, so zu werden. Ihre politische Mündigkeit will sie sich nicht nehmen lassen und ist damit den Justizbehörden "nicht ganz geheuer". Sie arbeitet heute in einem Schülerladen und bei einer alternativen Stadtzeitung. Ihren ersten Job als Sekretärin in einem Reisebüro hatte sie über Nacht verloren, nachdem dort zwei "zivile Herren" aufgetaucht waren und Fragen gestellt hatten.

Wieder folgten Hausdurchsuchungen, nicht nur bei ihr. Auch bei ihrer Mutter, die mit Margits 90-jähriger Oma in Stuttgart lebt, stehen eines Morgens schwerbewaffnete Beamte in der Wohnung. Nicht viel besser ergeht es Freunden, und Bekannten der Ex-Anarchistin. In der Schweiz wird Margit Czenki einmal fünf Tage lang festgehalten und dann als unerwünschte Ausländerin abgeschoben. Auch ein Urlaub in Griechenland wird ihr auf diese Weise verwehrt. Die Gründe dafür erfährt sie nicht.

Mehrmals und ohne erkennbaren äußeren Anlaß wird auch der Schüler-Laden in dem Margit Czenki arbeitet von bewaffneten Polizeitrupps durchsucht. Bei einer Wohnungsdurchsuchung werden Wecker und Sektorken beschlagnahmt. "Ihnen ist alles zuzutrauen" heißt es lakonisch. Und die Staatsanwaltschaft bestätigt ihr schriftlich: "Frau Czenki ist wegen eines politisch motivierten Verbrechens im Bereich der Schwerekriminalität vorbestraft. Sie muß es daher hinnehmen, daß die Polizei sie bei Vorliegen auch keineswegs dringender Verdachtsmomente zunächst einmal in den Kreis der Tatverdächtigen aufnimmt." So wird zunächst einmal ihr zugetraut, einen Molotowcocktail in ein Kino, wo Joachim Fests Hitlerfilm lief, geworfen zu haben; bei jedem Bankraub durch eine Frau taucht wieder ihr Name auf. Und sie muß es hinnehmen, daß ihr Vermieter ihr in "Hinblick auf die letzten Gewaltverbrechen in der BRD" kündigt.

Schlimmer kam es im Mai vergangenen Jahres. Als zur Urteilsverkündung in Stammheim ihre Wohnung ebenso wie die anderer Wohngemeinschaften in München rund um die Uhr observiert wird, protestieren die Betroffenen spontan vor dem Amtsgericht, Margit Czenki wird herausgegriffen und vorübergehend festgenommen. Jetzt erwartet sie ein Verfahren wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Gleichzeitig wurde die Aufhebung ihrer Bewährung beantragt. Trotz einer Flut von Bittgesuchen für die beim zuständigen Richter drohen ihr nun weitere Jahre hinter Gittern. Ihr Anwalt befürchtet Schlimmeres: "In der Zwischenzeit gibt es wahrscheinlich die Sicherheitsverwahrung und Frau Czenki kommt garnicht mehr heraus." (Artikel von Adelheid Ohlig in "Die Zeit" vom 9.2.)

Adelheid Ohlig, Verfasserin dieses ZEIT-Artikels, wurde am Tag nach dessen Erscheinen etwa um 14 Uhr von Herrn Metzler, Sprecher der Justizpressestelle München angerufen: was sich Adelheid Ohlig denn denke, so einen verzerrenden Artikel in dieser Zeit, wo wir doch durch Terroristen bedroht seien, zu schreiben, über so eine Person. Adelheid Ohlig hätte ihn anrufen müssen, bevor sie so etwas schreibe. Er hätte ihr Bild von Margit Czenki und dem kommenden Prozess schon zurecht gerückt. Er würde die "ZEIT" abbestellen und sich ansonsten bei der ZEIT-Redaktion über sie beschweren. Das hätte er auch schon über Herrn Höfler beim Spiegel gemacht. Solche Artikel dürften in einer solchen Zeit einfach nicht erscheinen, und Frau Czenki werde nun schon sehen, was jetzt von der Justiz auf sie zukäme. Das habe sie sich dann selbst zuzuschreiben.

Das Telefongespräch, bei dem Frau Ohlig gar nicht zu Wort kam, dauerte etwa 15 Minuten.

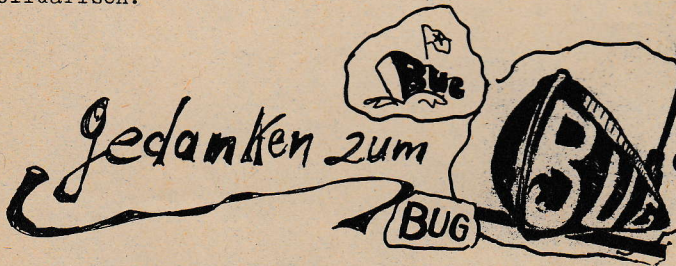
Der Prozeß gegen Margit v. Jutta + Jonny begann am Montag in München

Bei vielen war die Reaktion zurecht negativ als ihr 1 D(oofe)M für das BUG hinlegen solltet. Hierzu eine Erklärung:

24 Seiten könnte man mal, wenn man einen kleinen Überschuß hat von der vorigen Nummer, für 50 Pfennige abgeben. Allerdings muß dann der Vertrieb entsumpft sein, d.h. die Gelder dürfen nicht in irgendwelchen Kanälen versickern, und die Abos müssen gezahlt werden.

Aber - der Vertrieb ist durch die Konspigeschichte ziemlich im Arsch. Alte Nummern, die übrig geblieben sind, wurde von einer Konspigruppe übernommen von der anderen nicht, die einen hatten mit den anderen nichts zu tun - die Wiederverkäufer waren verwirrt, teilweise kamen sie sich auch verarscht vor, wegen des fehlenden Impressums.

Jedenfalls, wenn wir die Knete von einer Gruppe zurückbekommen, wenn die Aboleute Zahlen und die jetzige Nummer und die letzte abgewickelt ist, dann werden wir höchstwahrscheinlich einen ganz guten Überschuß haben. Wir wollen einen Geldbetrag von etwa 500 - 600 DM (das sind die Kosten für eine Nummer) einfrieren, man/frau weiß ja nie was passiert. Den Rest wollen wir spenden. Am 12.3. ist ja wieder eine BUG Diskussion - hoffentlich sind wir da noch solidarisch.



Selbst der müdeste BUG-Leser wird beim Durchblättern der verschiedensten Nummern (auch der Halbkonspieausgaben) gemerkt haben, daß der Ökologieanteil relativ hoch war. Kraftwerke, Gasturbinen Stromzahlung sboykott, Tempelhofer Park AKW-Sachen usw dominierten.

Eigentlich war durch das Rotationsprinzip beabsichtigt, daß die Schwerpunkte, von Woche zu Woche andere sein würden. Es hat sich aber gezeigt, daß lediglich Umweltgruppen noch was tun und nicht die Füße unter den Kneipentisch gestreckt haben.

Wenn wir jetzt nicht langsam mehr Gruppen werden, die an einem Projekt wie BUG Interesse haben, dann soll das Ding verdammt noch mal einschlafen. Der Anspruch dieser Zeitung ist nämlich, daß

ein öffentliches Medium besteht, in dem ein breites Spektrum der TUnixer über ihre Aktivitäten, Schaffheiten und sonst was berichten. Wer Interesse an Veröffentlichungen hat sollte sie auch Mittragen.

Ein anderer Punkt ist der, in letzter Zeit schießen neue Zeitungen wie Pilze aus dem Boden. (Lieber Peter, 'tschuldige, daß ich deinen Spruch klaue, aber ich fand ihn ganz gut) Früher hieß es mal 5 Studenten sind eine Partei, heute - 5 Freaks oder ähnliches sind eine Zeitung. Es gibt für jeden fast ne Zeitung hier in Berlin. Jede Redaktion plagt sich ab - mit Druck, Sch

Schreiben, Lay out, Verteilg. Viele Aktivitäten gehen damit an den Schreibtisch oder sonstwo hin. Jedenfalls führt das langsam dazu, daß es keine Gruppen mehr gibt, die was tun, sondern nur noch Gruppen, die über andere Zeitungen berichten.

Wie wärs denn mal auch im Rotationsprinzip wieder eine Zeitung herauszubringen? Es werden viele nützliche Kapazitäten frei. Wen ich meine? Ach ja fast hätte ich vergessen: BUG, Radikal, Traumstadt, Dicke Luft, bestimmt gibts noch n paar.



INDIANER ECKE

Indianer verteidigen Reservat

RIO DE JANEIRO, 17. Februar, (dpa). Mit Pfeilen und Speeren bewaffnet stehen im südbrasilianischen Bundesstaat Parana 1400 Krieger der Indianerstämme Guarani und Kaingang zum Angriff auf weiße Siedler bereit. Die Indianer, die in einem Reservat am Schlangenfluß (Rio das Cobras) in der Gemeinde Laranjeiras do Sul, rund 300 Kilometer von den berühmten Wasserfällen Foz de Iguaçu entfernt, leben wollen 500 weiße Siedlerfamilien vertreiben. Seit 1969 ließen sich die Weißen im Indianergebiet nieder und haben schon mehr als die Hälfte der rund 60 000 Hektar in Beschlag genommen.



DER ABGESTÜRZTE SATELLIT BEDROHT EIN INDIANERVOLK

KÖLN
6. Februar

Presseerklärung der Gesellschaft für bedrohte Völker:

Am Dienstag, 24.1.78, 12 Uhr MEZ stürzte ein Nuklear-Satellit über Nordwest-Canada im Bereich des Großen Sklavensees ab. Über die Folgen verbreitet die internationale Presse sich widersprechende Nachrichten. Auf jeden Fall stellt die durch den Unfall auftretende radioaktive Strahlung für dieses große Gebiet eine lebensbedrohende Gefahr dar.

Entgegen des bisherigen offiziellen Meldungen ist das Gebiet nicht menschenleer, sondern der Lebensraum von ca. 20.000 Indianern - der Dene Nation. Seit Beginn der 70er Jahre kämpfen die Dene Indianer gegen den kanadischen Staat, um die Unabhängigkeit ihrer Nation und das alleinige Verfügungsrecht über ihr Land.

Die Dene sind eines der letzten Indianervölker, die in ihrer traditionellen Lebensweise relativ unbeeinflusst von der westlichen Zivilisation geblieben sind.

Sie weigern sich, unsere Zivilisation anzunehmen, da sie erkannt haben, daß dies für sie keine Überlebensmöglichkeit bietet, sondern seelische Verödung und Untergang ihrer Kultur bedeuten würde.

Seit Jahren planen die USA zusammen mit der kanadischen Regierung, eine Gaspipeline von Alaska über West-Canada in das Gebiet der großen Seen zu legen, mitten durch die Dene Nation. Bis an ihre Grenzen ist die Pipeline zu beiden Seiten bereits fertiggestellt. Sie wird an den Stellen ihres Verlaufs den Naturkreislauf mit Sicherheit stören und schließlich vernichten; ganz zu schweigen von den Begleiterscheinungen, die die Bauarbeiten mit sich bringen, wie Alkoholismus, Prostitution und Kriminalität. Dessen sind sich die dort lebenden Indianer bewußt und es ist ihnen bis jetzt gelungen, den Weiterbau der Pipeline auf juristischem Wege zu blockieren. Die Dene haben der kanadischen Regierung qualifizierte Alternativvorschläge zur Verlegung der Pipeline vorgelegt.

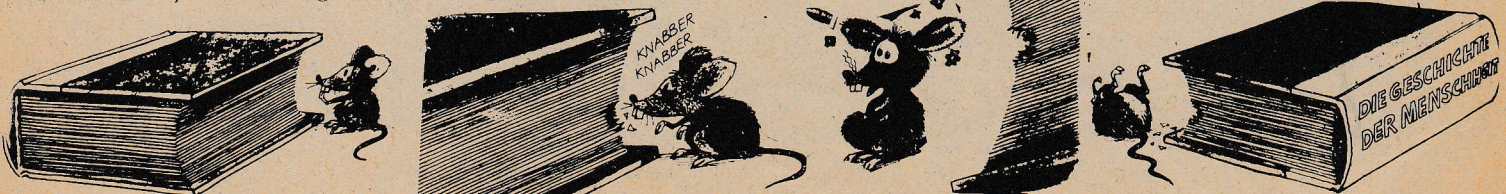
Eine radioaktive Verseuchung hat zwangsläufig eine Evakuierung der Indianer aus ihrem angestammten Land zur Folge, wodurch im Zuge der staatlichen Entsorgungsmaßnahmen der Bau der Pipeline möglich wird. Damit wäre eine der letzten noch intakten Indianerkulturen zum Untergang verurteilt.

Die Dene bestehen auf selbst organisierten Prüfungen und evtl. Entsorgungsmaßnahmen, um nicht übervorteilt zu werden. Sie benötigen die weltweite Unterstützung durch Solidaritätsbekundungen und finanzielle Hilfen.

Das Volk der Dene fordert, daß die internationale Presse über ihre Probleme und ihre Notlage informiert.

Kontakt:

Eva Wieschke, Josefstr. 32, 5 Köln 1, Tel. 0221/32 76 87,
Spendenkonto: P5SchKt. Hamburg 7400, Stichwort: Dene



5

DIE KOMMUNIKATIONSSTRUKTUREN DER BI's NUTZEN !!!!!

Im BUG 1009 wird von einem "verärgerten FIT-ler" behauptet, daß der KB die Demo am 25.2. in Hannover gegen die Grohnde-Prozesse nicht unterstützen, "weil er für Almelo mobilisiert und da ohnehin in Hannover parallel ein Kongreß über Wahlbeteiligung in der FH-Hannover läuft."

PIT-ler(wer ist das eigentlich? Es wär schön, Dich mal kennenzulernen, da ja doch außer von den Westberliner Anti-AKW-Gruppen für die Grohnde-angeklagten kaum was gemacht worden ist), liegt in beiden Vermutungen falsch. Wir sind mit Dir vollkommen einverstanden, wenn Du meinst, daß "das eine das andere nicht auszuschließen braucht." Deswegen finden wir es auch gut, daß die BI's in Hannover am 16.2., die Westberliner Anti-AKW-Gruppen am 23.2. ihre Großveranstaltungen zu Almelo und den Grohnde-Prozessen ansetzen haben. Selbst der holländische RI-Dachverband LEK, der in Holland einen wesentlichen Teil der Almelo-Vorbereitung zum 4.3. trägt, hat seine Mobilisierungsveranstaltungen zu Almelo in den holländischen Großstädten zusammen mit Grohnde-Angeklagten z.B. Rüdiger Jörß vom Hamburger Autonomen-Plenum durchgeführt.

Auch ein Wahlkongreß steht sich nicht mit der Grohnde-Solidarität gegenüber.

Wir kritisieren auch nicht die Initiative zu einer Demo in Hannover, weil jedes Mittel der Öffentlichkeitsarbeit über die Kriminalisierungsversuche gegen die Anti-AKW-Bewegung genutzt werden muß, um eine Verurteilung von AKW-Gegnern in Hannover zu verhindern, so wie es gelungen ist, die Verurteilung von Karl-Heinz Roth durch einen ähnlich konstruierten Prozeß, zu verhindern.

Was aber nicht geht, ist die Art und Weise, wie die Demo am 25.2. vorbereitet worden ist. Da haben sich Anfang Februar einige Spontis mit KPI, KIW und SAG in Göttingen zusammengesetzt und die Demo für den 25.2. angesetzt und gleich die FR und den WDR informiert, ihre Initiative jedoch nicht in den BI's zur Diskussion stellt, geschweige denn in Anti-Repressions-Gruppen und weiteren Kreisen der Bewegung gegen die Einschränkungen demokratischer Rechte, die das, was da von der Justiz in Hannover abgezogen wird, genauso was angeht, wie die BI's. Die Demo bei dieser Art der Vorbereitung dann auch noch "zentrale Demo" zu nennen, also so wie Brokdorf, Grohnde und Kalkar, die von fast allen BI's damals vorbereitet wurden, ist nicht nur ein simpler Alleingang der Initiatoren, sondern schlicht 'ne Verarschung der BI's und aller anderen betroffenen Gruppen!

So konnte es passieren, daß z.B. das Plenum der Hannoverischen BI's am 6.2. von einer "bundesweiten Demo" in Hannover erst aus dem Radio und der Presse erfahren haben. Da die BI's Hannover mit denselben Initiatoren (KPD, KEW, SAG und einigen Spontis aus Bremen, Hamburg, Hannover) schon mehrmals, nämlich bei der Vorbereitung der Demo in Hameln zu Linda's Prozeß, bei der Übergabe der Unterschriften zur Einstellung der Strafverfahren gegen AKW-Gegner ans Gericht am 6.1. in Hannover und bei der Demo am 15.1. bzw. 16.1. in Hannover zu Prozeßbeginn, dieselben schlechten Erfahrungen gemacht haben und das Ergebnis auch entsprechend dünn war (600, 1500 Leute die ersten beiden

Male und am 15.1. hat der KBW seine "zentrale Demo" allein gemacht), haben die Hannoverseher BI's die Beteiligung am 25.2. abgelehnt, stattdessen aber einen neuen Termin für Mitte März vorgeschlagen, bis zu dem die Vorbereitung breiter getragen werden könnte.

Anstatt auf diesen Vorschlag einzugehen, haben die Initiatoren, da sie beim Rundfunk und der Presse zu laut getönt haben, mit allen Mitteln versucht, ihren Göttinger Beschluß in den BI's durchzupressen. So wurde in NRW behauptet, die süddeutschen BI's würden mobilisieren, bei telefonischer Nachfrage stellte sich die Sache als Ente raus.

Das andere Mittel war der moralische Druck, der bekanntlich weder in den BI's noch in der Linken ein erfolgreiches politisches Mittel ist: "Wir dürfen die Angeklagten nicht hängen lassen" und "Die Demo ist nun mal angekündigt" etc. Wenn eine "zentrale Demo" nach der anderen von irgendwelchen Leuten angekündigt werden und nur immer wenige Leute zu den Demos kommen, weil an den BI-s und anderen Gruppen vorbei organisiert wird, dann allerdings werden die Angeklagten "hängengelassen"!

Hallo FIT-ler! Wer bist Du? Wo bist Du? Wie er-
warten Dich? Melde Dich!

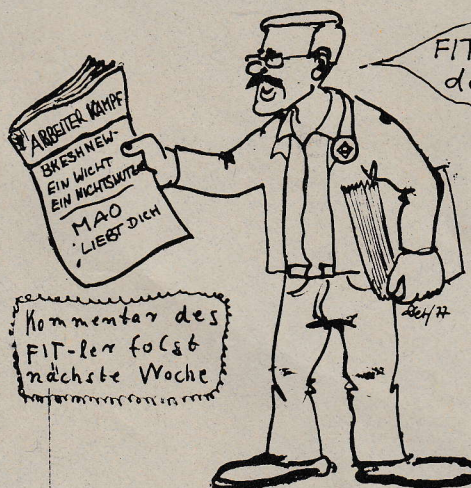
Hinzu kommt, daß die bestehenden und bisher gut funktionierenden Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen damit kaputt gemacht werden, weil sie auf gegenseitiges Vertrauen beruhen. Sollte z.B. zu Mitte März diesmal wirklich eine zentrale Demo vorbereitet werden (oder später, weil jetzt schon zu knapp), dann ist zu befürchten, daß verarschte BI's oder andere Gruppen müde abwinken oder die ganze Vorbereitung durch endlose Debatten über die schlechten Erfahrungen der vergangenen Feuerwehremobilisierungen behindert werden. Man sollte bedenken, daß auch eine Grohnde-Solidarität nicht aus dem Boden zu stampfen ist und an den einzelnen Orten eine frühzeitige gründliche Öffentlichkeitsarbeit voraussetzt, was erst noch an machen Orten (auch in Wehrhlin, außerhalb der Anti-AKW-Gruppen) in Gang gesetzt werden muß.

Im übrigen werden die schon nach jeder Großdemo auftretenden Ermüdnungserscheinungen und Redegest. gegenüber Großaktionen generell durch solche Frust-Demos nur gefördert. Die 5000 Leute am 25.2. in Hannover (nach Angaben der Demo-Leitung) sind zwar eine hübsche Steigerung in der Grobde-Solidarität, da es aber eine "zentrale Demo" sein sollte, kein Gegenbeis.

Wenn "PTT-ler" fordert, sich nicht auf "Avantgarden" zu verlassen, sondern "eigene Kommunikationsstrukturen" zu schaffen, meine ich, soll er es doch mal mit den BI-Strukturen versuchen, anstatt sich auf die selbsternannten Avantgarden ID, KKW und SAG zu verlassen, auch wenn einige Spontis in Göttingen mit gekunkelt haben.

Setz' Dich mit den Anti-AKW-Gruppen in Verbindung! Als erfahrener BI-ler wirst Du sie kennen!

Hario vom KB/Westberlin



NOCH 6 JAHRE BIS 1984:

Daten-Verarbeitung

BKA-Präsident Dr. Horst Herold kann es dagegen gar nicht mehr erwarten, bis es „1984“ wird. Seine Prognose für die Entwicklung des Bundeskriminalamtes bis



Computer-Chef Herold
aus: bim 1/76



Computer-Chef Herold
aus: binn 1/76

1980: „Veränderungen der
geschilderten Art bleiben
nicht ohne Einfluß auf die
gesellschaftliche Stellung
und Rolle der Polizei. Den
Realitäten am unmittelbar-
sten konfrontiert verfügt
die Polizei über ein allen
anderen Staatsorganen über-
legenes Erkenntnisprivileg,
Einsichten zu gewinnen in
abweichende Verhaltens-
weisen und Strukturdefekte
der Gesellschaft. Ihre Fä-
higkeit, für einen wichtigen
Teil gesellschaftlicher Ent-
wicklung Diagnosen zu lie-
fern, befreit sie von der bloßen Vollstreckerrolle, in der
zu parieren und zu funktionieren, sie bisher gezwungen
war. Die Wissenserweiterung für die Gesellschaft ergreift
auch die Polizei. Zu unserer aller Nutzen: die Polizei der
Zukunft wird eine andere, höherstufige, mit einer gesell-
schaftssanitären Aufgabe sein.“ (Kriminalistik 9/74)

Gesellschaftssanitär !!

Da wird man uns rote und schwarze, an Gesellschaftskritik erkrankten Ratten wohl ausmerzen müssen - damit der Volkskörper wieder gesunden kann.



Unser TAXI- und Kneipenkollektiv Eine Selbstdarstellung



Wir sind ein ökonomisch funktionierendes Kollektiv, in dem 12 Leute 2 Taxis fahren und eine Kneipe machen. Wir sind in der Lage, unser Geld selbstverwaltet zu verdienen, jedoch besteht eine große Diskrepanz zwischen unseren Vorstellungen von einem Kollektiv und der jetzigen Situation. Dies bezieht sich einerseits auf unsere gruppeninternen Beziehungen, andererseits auf die Situation in der Kneipe, die sowohl ökonomisch als auch "inhaltlich" unbefriedigend ist. Wir könnten uns vorstellen, das inhaltliche Manko der Kneipe dadurch zu lösen, daß sie sich zu einem Forum der längst überfälligen Diskussion über die Realität und die Perspektive der "Kollektivbewegung" entwickelt.

Die Entstehung des Kollektivs

Im April 1975 schlossen sich eine Frau und 13 Männer zu einem Taxikollektiv zusammen. Die minimalen Ziele damals waren:

- Aufhebung der Unternehmerposition (keine Hierarchie)
- kein individuelles Eigentum an Produktionsmitteln.
- Aufhebung der Trennung von Fahren/Büroarbeit
- gemeinsame Regelung der Arbeitsorganisation
- Erwirtschaftung von Überschüssen zur kollektiven Verwendung.
- etwas später: Einführung von Festlohn statt der marktüblichen Provision

Die Finanzierung der Taxis lief relativ einfach, durch Anpumpen von Freunden und Verwandten. Die ökonomische Situation war trotz relativ hoher Schulden sicher (günstige "Marktlage" im Taxigeschäft). Die Aufhebung der Unternehmerposition mißglückte insofern, als es durch Aktivitäts- und Informationsvorsprünge weiterhin eine informelle Hierarchie gab. Die persönlichen Beziehungen waren besser, als dies beim Unternehmer möglich wäre, die Isolation als Taxifahrer wurde durch Pausentreffs während der Schichten gemildert. Eine gemeinsame, systematische Diskussion zur Entwicklung weiterer Ziele fand nicht statt, es gab nur einzelne, isolierte, mehr oder minder diskutierte und realisierte Projekte:

- Unterstützung eines Frauenprojekts
- Anstellung eines arbeitslosen Kfz-Schlossers
- Unterstützung eines Stadteilkommunikationszentrums

-etetcetc-

Die Diskussion über Unterstützung von Projekten und über weitergehende Ziele lief zunehmend aggressiv und ergebnislos, was zu Frusts bei einzelnen Initiatoren führte, und anderen als überflüssig und aufgesetzt erschien. Im Sommer 1976 gingen wir daran, die verschiedenen bestehenden Positionen zu formulieren:

- a) eine Position war: die obengenannten Ziele sind richtig, allerdings noch nicht voll realisiert
- b) ein anderer Teil des Kollektivs hielt die Ziele für tendenziell erfüllt, kritisierte aber die Nichterwirtschaftung und Verwendung von Überschüssen.
- c) eine weitere Gruppe kritisierte die ursprüngliche Zielsetzung als zu begrenzt und wollte den Stellenwert des Kollektivs über die einzelnen, meist "studentischen" Interessen hinaus erhöhen. Diese Gruppe sprach sich für den schnellen Aufbau mehrerer Kollektive im Rahmen eines Kollektivverbunds aus.



Nach den Sommerferien hatten sich die Fronten verschärft, eine Diskussion war nicht mehr möglich. Das Kollektiv spaltete sich in 2 Gruppen, die 4 Taxis wurden aufgeteilt.

Die Gruppe die Position c) vertrat entwickelte zu den ursprünglichen Minimalzielen folgende weitergehende Ziele:

- das Kollektiv soll neue Arbeitsplätze schaffen, und für alle Mitglieder die Möglichkeit bieten, unterschiedliche Tätigkeiten auszuüben. Die dazu nötigen hohen Überschüsse sollten durch eine Senkung des Festlohns hereinkommen.
- das Kollektiv sollte zur Hauptsache für alle Mitglieder werden. Ein Kollektivtag pro Woche wurde als verbindlich erklärt, um gemeinsame Arbeiten zu erledigen und die pers. Beziehungen zu verbessern. Studium und bürgerliche Berufsperspektive wurden von allen abgelehnt, das Kollektiv sollte eine gemeinsame alternative Lebensperspektive verwirklichen helfen.

Obwohl diese Ziele bei der Spaltung klar diskutiert waren, zeigte sich langsam, daß zwar alle diese Vorstellungen teilten, ihr konkretes Verhalten aber oft diesen Vorstellungen nicht entsprach. Weiterhin wurden neue Mitglieder aufgenommen, die sich zwar mit den Zielen eines Alternativprojekts identifizierten, die aber aufgrund anderer Einkünfte nicht materiell vom Kollektiv abhängig waren.

Folgende Versuche zur Schaffung neuer Arbeitsplätze wurden unternommen:

- eine Kneipe wurde mitfinanziert und renoviert, aber nach kurzer Zeit verselbstständigten sich die drei Kneipenleute und wurden zu Kleinunternehmern, traten zumindest einem "Kollektivverbund" nicht bei.
 - ein Klempner- und Renovierungskollektiv wurde gegründet, konnte allerdings keine Aufträge bekommen.
 - im Dez. 76 wurde eine neue Kneipe ('Objektiv') gekauft, in dem neben einem Teil der Renovierungsleute die Taxifahrer arbeiteten. Auch einige neue Mitglieder wurden aufgenommen.
- Ein Teil der neuen Leute hatte keinen Taxischein, und arbeitete ausschließlich in der Kneipe, was dazu führte, daß die Taxifahrer nur noch gelegentlich und später gar nicht mehr in der Kneipe arbeiteten. Die Realisierung der Austauschbarkeit der Arbeitsbereiche war somit nicht erreicht.

Dies führte zu einer gewissen Konfrontation, weil die Taxifahrer durch ihre Überschüsse die Kneipe finanzierten, dort aber nicht arbeiten konnten und in Konfliktfällen die Kneipenleute überstimmen konnten. Zwischen den Positionen 'feste Kneipenbesatzung' und 'Austauschbarkeit der Arbeit' war kein Kompromiß möglich. Dies führte im Sept. 77 zur Trennung. Die Kneipenleute übernahmen eine andere Kneipe, die sie kollektiv organisierten. Wir renovierten das Objektiv und beschlossen, nur noch Taxifahrer aufzunehmen, solange keine anderen Arbeitsbereiche geschaffen werden konnten. Wir stellten uns vor, daß sich durch die Kneipenarbeit unsere Beziehungen intensivieren würden, weil in der Kneipe die Isolation des alleinfahrenden Kutschers aufgehoben ist. Außerdem wollten wir, daß in der Kneipe Kommunikation zwischen verschiedenen Kollektivprojekten laufen sollte: Kollektive sollten hier die Möglichkeit haben, sich und ihre Probleme darzustellen, untereinander zu diskutieren und Informationen auszutauschen etc. Alle diese schönen Vorstellungen in Bezug auf die Kneipe haben sich aus verschiedenen Gründen nicht erfüllt.

Wir brauchen nicht dornige Zweige und blühende Zweige

Jeder Zweig muß dornig sein und blühen



Nach der Renovierung kam die Diskussion über bestehende Ungleichheiten in Bezug auf die materielle Abhängigkeit vom Kollektiv (einige Koll.-mitglieder bekommen Bafög, Tutorengeld, etc.) auf. Als damit zusammenhängend wurden der verschiedene Grad an Engagement, das Bestehen von Hierarchien und Zweifel an der gesamten Perspektive verstanden. Die weiteren Interessen waren und blieben verschieden (pol. Aktivitäten in versch. Bereichen wie Uni, Feuerwache, Frauen, Stadtteilschule etc.; getrennte Wohnsituation, versch. Freundeskreise). Verbesserungen ergaben sich lediglich darin, daß bisher ungleich verteilte Arbeiten (Abrechnung, Buchführung, Einkauf) mehr zusammen bzw. abwechselnd von allen gemacht wurden.

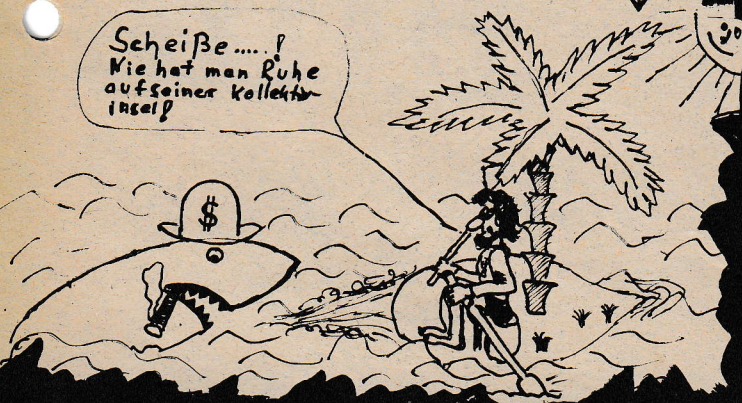
Zu obigen Problemen kam noch, daß die Kneipe oft sehr leer war, wir nur noch allein dort arbeiten konnten und die Kneipe weiterhin die Taxiüberschüsse schluckte. Die Identifikation mit dem ganzen Projekt ging so mehr und mehr verloren (Wieso Überschüsse beim Kutscher für eine Kneipe, ander eh' nichts alternativ ist?). Dies führte dazu, daß wir den Einheitslohn abschafften: Taxifahrer wird jetzt mit dem marktüblichen Provision bezahlt, in der Kneipe wird der Lohn am Ende des Monats nach dem Umsatz berechnet. Dieser Realität stehen diffuse Vorstellungen eines ideal-Kollektivs gegenüber, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

- Aufhebung von Privateigentum, gemeinsame Reproduktion aus einem Topf
- gemeinsames Wohnen, Leben, Lieben und Arbeiten
- Koll.-Verbund mitaufbauen, der u.a. die Austauschbarkeit von Arbeiten unter allen Verbundmitgliedern ermöglicht
- Kollektive als Beitrag zur Überwindung Kap. Gesellschaft

Die Diskrepanz zwischen der beschriebenen Situation unseres Kollektivs (nicht nur unseres) und diesen weitgehenden idealistischen und abstrakten Zielvorstellungen treibt uns zu diesem Schrieb, um herauszufinden, wo Fehler liegen und ob Lösung möglich ist. Dies auch deshalb, weil der Aufbau eines Kollektivverbunds aus einem Kollektiv heraus, wie wir es versucht haben, nicht realisierbar zu sein scheint.

Wir wollen aber hiemit nicht wieder einmal zu einem Kollektivtreffen aufrufen, was dann schnell wieder einschlüft, sondern zunächst versuchen, genauere Positionen dazu zu entwickeln und diese dann breit allen Kollektiven zugänglich machen. Macht euch aber keine Illusionen, daß wir schon irgendwelche Konkreten Ergebnisse präsentieren könnten. Wir sind in der Diskussion, macht euch auch mal paar Gedanken. Veröffentlichung eventuelle Ergebnisse, wir werden auch tun! Ein paar Kollektivisten haben versucht, ihre Vorstellungen in einigen Thesen zusammenzufassen:

Scheiße
Wie hat man Ruhe
auf seiner Kollektiv-
insel?



- 1) Viele Kollektive haben außer dem Namen nichts gemeinsames. Es müssen daher ein paar Kriterien entwickelt werden.
- 2) Kollektive sind in der ständigen Gefahr, sich außer durch ein paar Ansprüche in nichts von Kleinunternehmen zu unterscheiden.
- 3) Am Rande der Existenz herumwuschelnden Kollektiven kommt keinerlei gesellschaftliche Relevanz zu.
- 4) Die Kollektivbewegung steht in der Tradition der intellektuellen Bewegung Ende der 60er Jahre. Selbst einer breiten, kooperierenden Kollektivbewegung kommt nur dann ges. Sprengkraft zu, wenn sie es schafft, eine Verbindung mit den fortschrittlichen Kräften innerhalb der traditionellen Arbeiterbewegung herzustellen.

1) Eine Kollektivbewegung kann dann ein entscheidendes Moment im Kampf gegen die kapitalistisch-bürokratische Gesellschaftsordnung werden, wenn es ihr gelingt, in breitem Rahmen nichthierarchische gesellschaftliche Funktionszusammenhänge als möglich darzustellen. D.h. erst wenn es gelingt, Gleichheit und Selbstbestimmung innerhalb der Kollektive dauerhaft zu gewährleisten und andererseits den Austausch zwischen den Kollektiven mehr und mehr nach Bedürfniskriterien und nicht nach Tauschwertkriterien zu organisieren, wird eine Kollektivbewegung den Ansatz einer realen gesellschaftlichen Alternative darstellen.

2) Kollektive sind nur im Klein- und Dienstleistungsgewerbe möglich. Nur hier können sie mit den Marktpreisen konkurrieren. Die verbreitete Erwartung Kollektive sollten billiger sein als die Bosse ist illusionär und verlangt von den Kollektivisten Selbstaussbeutung.

3) Die Entwicklung von Kollektiven auch im Bereich der Produktion könnte nur dadurch entstehen, daß sich massenhaft ein Konsumentenbewußtsein entwickelt, das auch wegen der Qualität der Produkte (Energiesparung durch mehr Reparatur, Altteile statt Wegwerfproduktion) und als bewußte Unterstützung selbstverwalteter Arbeit, bei Kollektiven und nicht bei Bossen kauft.

4) Kollektive sind nur dann eine Alternative, wenn sie sich klar von Genossenschaften unterscheiden. Das Nicht-Eigentum der einzelnen Kollektivmitglieder an den Produktionsmitteln muß gesichert sein. Hierdurch erst unterscheiden sie sich von Gruppen-Kapitalisten. D.h. die Kollektivmitglieder verfügen gemeinsam über die Produktionsmittel, eine Auszahlung von eingeflossenen Überschüssen beim Ausscheiden eines Mitglieds oder die Aufteilung des Vermögens unter die Mitglieder bei Auflösen des Kollektivs muß ausgeschlossen sein. Eine Korruption des Bewußtseins durch Eigentum an Produktionsmitteln (Unternehmer- bzw. Schäfchen-im-Trockenen-Mentalität) wird so verhindert und jede(r) die (der) bei einem Kollektiv kauft oder dessen Leistung in Anspruch nimmt weiß dann, daß von seinem Geld nur "gerechte" Löhne bezahlt werden und Überschüsse nur zur Schaffung bzw. zum Erhalt selbstverwalteter Arbeitsplätze und nicht zum individuellen Konsum verwendet werden.

5) Ein Kollektiv als Lebenszusammenhang mit intensiven Beziehungen untereinander kann sich nicht nur über einen gemeinsamen Anspruch herstellen und hat wohl Zusammenleben/wohnen als wesentliche Bedingung. Reine Arbeitskollektive werden nur geringere Ansprüche verwirklichen können:

- Nichtbesitz an Produktionsmitteln
- Gleiche Entlohnung
- Egalitäre Strukturen innerhalb des Kollektivs (dauerndes Angehen von Unterschieden in Sachwissen, Artikulationsfähigkeit etc.)

6) Nur durch eine gemeinsame, weitgehende Perspektive können in einem Kollektiv intensive Beziehungen über emotionale Sympathien hinaus entstehen. Solange aber die Anzahl der Meinungen und individuellen Perspektiven so groß ist wie die Anzahl der Mitglieder ist das Kollektiv nur die Möglichkeit zur weniger streßig (und z.T. schmarotzerrischen) Reproduktion. Die Kollektivisten sitzen auf einem relativ repressionsarmen Ast im wildwuchernden Urwald!

7) Eine breite Kollektivbewegung wie oben dargestellt gibt es heute nicht. Die Realität ist meilenweit davon entfernt. Trotzdem scheint die Diskussion von Maximalzielen notwendig; nicht um Illusionen zu nähren, sondern um die existierenden Unterschiede im Selbstverständnis der einzelnen Kollektive klar zum Ausdruck zu bringen. Denn ein gemeinsames Selbstverständnis läßt an eine Zusammenarbeit in Richtung eines Zusammenschließens erst denken. Vor allem die Klärung der Eigentumsverhältnisse ist eine Voraussetzung für einen Kollektivverbund, der dann mit kleinen Schritten angegangen werden könnte! ((Erfahrungsaustausch, gemeinsames Auftreten gegenüber der Kap. Konkurrenz, gemeinsame Materialbeschaffung, gemeinsame Unterstützungskasse, Angleichung der Löhne, etc. etc.))

CHING-CHONG MEINT:

ein vorteil

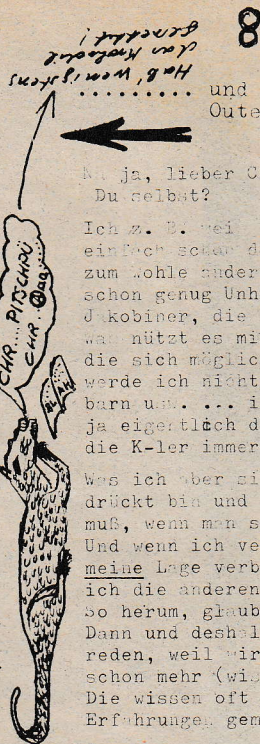
wir haben einen vorteil; wir, die wir gegen diesen widerlichen/menschenfeindlichen kapitalismus sind: wir sind für die menschen! - aber, wenn wir mit ca 800 genossen vor dem knast stehen und wütend rufen: reißen wir die mauern ein! holen wir die menschen raus! = betrügen wir uns da nicht? angesichts einer so brutalen überzahl von polizeischlägern sollten wir uns im klaren sein, was als nächstes zu tun ist, um unser ziel zu erreichen. - nicht einen stein könnten wir derzeit einreißen - und illusionen bringen uns überhaupt nicht weiter!

wir haben einen vorteil: wir sind für die bäcker/für die putzfrau/für die müllmänner/für die schneiderin/für die drucker/ für all die unterdrückten und tagtäglich durch akkordhetze lohnraub entlassungen gefolterten menschen! - und genau diesen vorteil sollten wir nutzen! wir müssen mit unseren kollegen, mit unseren nachbarn, mit der kassiererin im supermarket, mit all unseren bekannten über die unmenschlichen zustände in diesem land und anderswo reden. wir wissen vielleicht schon mehr über die vielfältigen gewalttaten dieses systems und dann müssen wir auch drüber sprechen. wir müssen mehr - viel mehr menschen dafür gewinnen endlich das leben in die eigenen hände zu nehmen. dann können wir alle gemeinsam auch diesen gewalttätigen staat und all seine führer mit unsrer gegengewalt in grund und boden stampfen(als dünger für unsre zukunft-hi hi)¹ zur zeit sind wir noch wenige und da sollten wir uns keinen sand in die eigenen augen streuen. - keinen platz läßt man uns im blätterwald, keinen im fernsehen, keinen im rundfunk um unsre ideen auch auf diese weise zu verbreiten(da können wir auch noch lange drauf warten = dies an alle, die sich immer noch einbilden wenn mal presse oder fernsehen bei irgendeiner aktion von uns dabei ist, die würden berichten, was wirkl ich gelaufen ist.denkste! die stelle n uns immer als üble bösewichte und wichtinnen hin!).

wir sind angewiesen auf kleine hand kopierer und hier und da auf ne olle offsetmaschine; wir haben schwierigkeiten bei der verständigung untereinander - sie wird verboten(na und?) die polizei und staatsanwaltschaft sind uns ab und an auf dem fersen (mit unsrer fantasie könnten wir diesen ratten noch viel öfter ein schnippchen schlagen)aber manchmal kreisen geldstrafen und einkerkerung in form vom bundespleitegeier gierig UND blutrünstig über unseren köpfen. --ein beispiel von so einigen in der letzten zeit: weil die agitdrucker/ rinnen in kollektiver arbeit uns bei der so wichtigen verständigung und beim gedankenaustausch mit all ihrer kraft geholfen haben, hat dieser staat drei von ihnen in den knast gesperrt. ich kenne diese drucker nicht persönlich; kann sein, daß ich hier und da ein anderes politisches verständnis habe ABER: sie haben auch für mich gedruckt; also bin ich ihnen schuldig, daß ich jetzt für ihre befreiung aus den moabiter knästen mit sorge! darum mache ich auch im agit-komitee mit.

ich vermisse noch viele von euch; kommt vorbei - macht mit dann schaffen wir es auch und holen die drucker raus! wir treffen uns jeden montag 19.00 mehringdamm 99 im laden.

UND: WIR HABEN EINEN VORTEIL
WIR SIND FÜR DIE VIELEN MENSCHEN
UM UNS RUM!



und hier gleich ein paar **GEDANKEN** des Lay-
Outers dazu.

Ja, lieber Ching-Chong, wo bleibst Du denn bei dieser Geschichte? Du selbst?

Ich z. B. weil es mir nicht, ob ich "für die Menschen" bin. Da bin ich einfach schon deshalb vorsichtig, weil unter diesem Deckmantel (sich zum Wohle anderer einzusetzen) in den letzten paar Jahrtausenden schon genug Unheil angerichtet wurde. (von den Christen über die Jakobiner, die Kommunisten bis zu den Faschisten). Was nützt es mir auch, wenn ich "für die Unterdrückten" bin, wenn die sich möglicherweise gar nicht unterdrückt fühlen? Vermutlich werde ich nicht weit kommen, wenn ich im Gespräch mit Nachbarn usw. ... ihnen dauernd versuche klarzumachen, daß sie im Grunde ja eigentlich doch unterdrückt sind. Das ist auch der Grund, warum die K-ler immer auflaufen.

Was ich aber sicher weiß, ist, was ich will, daß und wo ich unterdrückt bin und daß ich deshalb in erster Linie mal "für mich" sein muß, wenn man so will.

Und wenn ich versuche weiterzukommen, wenn ich kämpfe, weil ich meine Lage verbessern will, dann merke ich immer sehr schnell, daß ich die anderen dazu brauche.

So herum, glaube ich, geht's. Dann und deshalb, denke ich, müssen wir mit Nachbarn usw. reden, weil wir sie brauchen, und nicht weil "wir ... vielleicht schon mehr (wissen)". Da wäre ich auch noch ganz schön vorichtig. Die wissen oft ganz schön viel und anderes als wir, und haben oft Erfahrungen gemacht, von denen wir noch nicht mal alpträumen.

Wenn schon einen Unterschied gebe voll zwischen "denen" und "uns", dann den, daß wir (noch?) nicht die verbreitete Haltung drauf haben, "daß man ja doch nichts machen kann", "daß die da oben ja doch machen können, was sie wollen". Packen wir's an, Zeigen wir's - uns, kämpfen wir für - uns; wenn die anderen merken, daß es geht, daß wir Erfolg haben - dann brauchen wir sie nicht mehr zu überzeugen, dann sind sie's schon.

In diesem Sinne: Right on!

hey, ihr Feuerwächter! Wo bleibt ihr denn?
Wie lange dauert denn eigentlich euer Fressen?

hast du heute schon gelebt?

Preis 1,-
an jedem 1.
des Monats
rote hilfe



WESTBERLIN-ZEITUNG
erscheint ANFANG MÄRZ !!

nicht schlecht! Warum aber kann sich nicht die
RH auch einmal am BUG beteiligen oder wenigstens
mal Artikel vorbeibringen(wie früher)?



MIST - WEG ISSER !!

die smog-alarm-stufe-nr.1 war also vor einigen tagen aussprechbar(siehe berichte vom tagesspiegel in den letzten tagen,davon müßten einige im diesen BUG herumschwirren), es ist schon eine ganz schöne frechheit von der schreibstisch-täterbande um senat und bewag, diesen alarm nicht auszulösen.ich z.b.selbst war an diesen tagen krank gewesen,hatte wahn-sinnige kopfschmerzen usw.andere leuten erging es ebenso.auch die krankenhäusern waren zu dieser zeit überfüllt.wenn wir(junge,gesunde-?-leute) schon diese verschmutzung deutlich am körper spürten,wie erging es eigentlich den alten leuten(die -biologisch bedingt-nicht mehr so viele abwehrkräfte haben). an diese leute denkt der senat wohl nicht.sie können ja wohl verrecken.ich aber drehe diesen satz um,und wünsche diesen herrschaften eine gute reise in die hölle(aber ohne rückfahrkarte).

AUF NACH ALMELO AN DER NIEDERLÄNDISCHEN GRENZE

Internationale Großdemonstration am 4. März
gegen die Vergrößerung der
Uran-Anreicherungsanlage



In Almelo (Niederlande) soll die schon bestehende Urananreicherungsanlage (Ultrazentrifuge, UC) vergrößert werden. Da natürliches Uran in Atomkraftwerken nicht als Brennstoff verwendet werden kann muß es für diesen Zweck in einer solchen Anlage angereichert werden. Mit dieser Anlage ist es ohne weiters möglich das Uran soweit anzureichern, daß damit Atombomben gebaut werden können. Zudem bleibt als wichtiges Argument gegen die UC, wie gegen alle Atomanlagen (AKW, Schnelle Brüter, WAA, etc) die Gefährlichkeit für Mensch und Umwelt bestehen. Die radioaktive Strahlung, Unfallgefahr und Lagerung des Urans sind auch hier nicht gesichert. Wenn wir gegen Atomanlagen protestieren dann natürlich auch gegen die UC, die ja den Grundstoff für diese Anlagen liefern soll. (angereichertes Uran).

Die UC in Almelo ist ein Gemeinschaftsprojekt von den Niederlanden, Großbritannien und der BRD. Die Bundesregierung hat ein ganz besonderes Interesse an dem Ausbau der UC. Denn auf bundesdeutschem Boden darf laut den Pariser Nato Verträgen Uran nicht über 2,1% angereichert werden - doch erst über 2% läßt sich Uran für Atom-

lagen verwenden. Erfolgt der Ausbau, so kann die BRD diese Verträge umgehen. Außerdem braucht sie einen Teil des angereicherten Urans für den Exportauftrag an Brasilien zur Lieferung von 8 Atomanlagen, 1 Brennstabfabrik, Aufbereitungs- und Wiederaufbereitungsanlage, sowie angereichertes Uran.

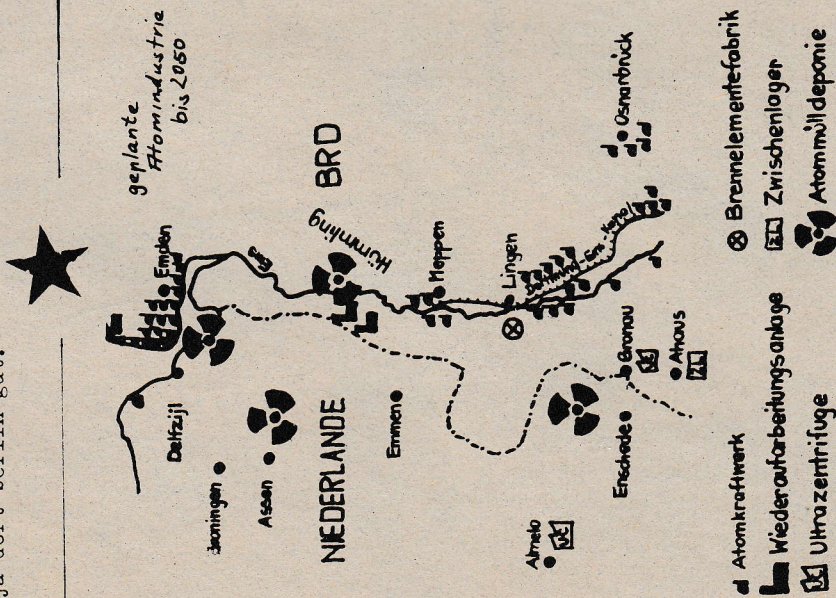
Die Militärdiktatur wurde dann über beide Technologien verfügen: Aufbereitung und Wiederaufbereitung. Dies ermöglicht ihr eine eigene Atombewaffnung. Sie hat den Atomwaffensperrevertrag nicht unterschrieben. Dem Brasilien-BRD Vertrag zufolge würde die BRD dann Zugang zum brasilianischen Uranvorkommen mit 20%iger Beteiligung erhalten. So hofft sie ihr eigenes Atomenergieprogramm sichern zu können und Zugang zu Atomwaffen zu erhalten. Westdeutsche Politiker, wie Strauß und Wörner, haben sich offen für eine Atombewaffnung der BRD ausgesprochen. Dazu würde einerseits eine enge nukleare Zusammenarbeit mit Ländern wie Brasilien und Südafrika, sowie andererseits der Aufbau einer eigenen Atomenergieindustrie beitragen können.

Keine Anreicherungsanlage in Almelo und auch nicht anderswo!

Aus Westberlin rufen folgende Gruppen auf:

Frauen gegen AKWs, TU-Anti-AKW-Gruppe, FU-Anti-AKW-Gruppe, Zehlendorfer Initiative gegen AKWs (ZIGA), Anti-AKW-Gruppe-Wedding, Anti-AKW-Gruppe-Moabit, Sanitärer Ausschuß der Anti-AKW-Gruppen, Anti-AKW-Gruppe-Steglitz, Anti-AKW-Gruppe-Kreuzberg, Anti Apartheid-Bewegung (Gruppe Westberlin), Verein Internationaler Kulturaustausch, Stadtteilzeitung „21“, Redaktion „Dicke Luft“, Kommunistischer Bund (KB), Sozialistischer Studentenbund (SSB),

hoffentlich wird es für uns berliner kein reinfall wie mit kalkar.
und hoffentlich sitzen in jedem bus zwei fahrer.
ich würde zwar gerne mitfahren, kann leider nicht, da ich zur zeit keine ausweispapiere habe (verloren).
die bullen brauchen unwahrscheinlich lange mit der ausstellung von neuen papieren.
daher wünsche ich euch viel erfolg. vertritt ja dort berlin gut.



Aufgabe: „Die Deutschen“ kommen!
In den Niederlanden werden Bedenken gegen das Auftreten von den deutschen Demonstranten geäußert. So z.B. der Bürgermeister von Almelo: Der Bürgermeister sagte, daß er großen Wert darauf legen würde, daß in allen deutschen und eventuell französischen Bussen ein Bulletin verteilt wird, worin die friedliche Absicht und die konstruktive Zielsetzung der Demonstration entsprechend dem Manifest des LEK ausgeführt werden. Auch wir haben friedliche Absichten, doch haben wir auch aus den Erfahrungen gelernt (Malville, Kalkar) und werden uns für die Demonstration und die Fahrt entsprechend einkleiden, hoffen natürlich,

daß wir es nicht gebrauchen müssen.
Damit wir auch sicher und vielleicht leichter über die Grenzen kommen, fahren in den Bussen niederländische Parlamentarier, Journalisten mit.
Die Verkehrskommission der Niederlande schlägt vor, wegen der „demonstrativen Funktion“ in Konvois zu fahren. Es sind vier Konvois geplant: Nijmegen, Assen, Amersfoort und Zwolle. Der fünfte westdeutsche Konvoi soll aus Gronau kommen. D.h., daß sich die Westdeutschen in Gronau treffen und dann gemeinsam die 30 km bis nach Almelo fahren.
Dort beginnt die Demonstration um 11 Uhr am 4. März 1978

Busfahrkarten nach Almelo:

Zum Preis von 50.- DM erhältlich beim „Politischen Buch“, Buchladen Savignyplatz, „Commune“, Buchhandlung“, TU-Büchertisch des SSB,

**Treffpunkt: Freitag den 3. März 78,
WINTERFELDPLATZ — 18 UHR**

V.i.S.d.P. U.C.a. Melo — 1 Berlin 88a — Grohndestr. 123

Etwa 7000 Leute demonstrierten in Hannover gegen die Grohnde-Prozesse. Die Demo lief eigentlich sehr lahm, nur wenig Initiative von den Leuten und wenn wir was anleiern wollten, sind auch nur sehr wenige drauf eingestiegen. Biss auf einige Steine gegen Sex-shops, wo dann auch gleich ein paar K-freaks gegen motzten, lief auch an Aktionen nichts. Erst das während der Abschlussskundgebung drei Genossen festgenommen wurden, hat dann doch noch ein paar hundert Leute aktiviert. Einige Leute hatten ein paar Sprühdosen dabei und schickten sich an einige Wohlstandsautos zu verschönern. Das muß den Bullen nicht gefallen haben. Ein besonders eifriger fuhr mit seinem Easy Rider in die Demonstranten hinein. Das bekam ihm nicht gut. Kaum wurde ihm beim absteigen von seiner Maschine geholfen, da löste sich auch schon der Selbstzerstörungsmechanismus des Motorrads aus. Schön hat es ausgesehen als die BMW brannte. Wir haben erst die Bullen verjagt und sind dann auf dem Platz geblieben bis klar war, daß die Genossen wieder draußen sind. Dann sind wir geschlossen abgezogen und wir sind dann auch nach Berlin zurück gefahren.

Ach ja, Berlin.....

hey, ihr faulpelze: könnt ihr euch nicht wenigstens für einen Tag mal aufrufen, zumal noch unheimlich schönes Wetter war. Am Treff an der Uni war kein Mensch und in Hannover haben wir auch keinen Berliner getroffen. Wir mußten also den Eindruck haben, daß wir die einzigen Berliner auf der Demo waren. Na ja, ich hoffe nächstes Wochenende in Almelo sind wir mehr.

... UND NOCH 'N BERICHT: ALSO FANDET IHR NICHT AUCH, DASS DIE DEMO RICHTIG MIT DUFTER LAUNE, GESANG, WANDMALEREIEN UND ANDERN AKTIVITÄTEN LOSGING? - DIE VIELEN PASSANTEN WAREN DURCH DEN SONNENSCHIN AUCH GUT GELAUNT. UND ICH HAB' NE MENGE SYMPATHIEN GEGEHN. UND FÜR UNS IST DOCH WICHTIG, DASS IMMER MEHR LEUTE MITMACHEN! - GANZ WAS ANDERES LIEF DANN, ALS DIE AUSEINANDERSATZUNGEN MIT DEN BULLEN

Protest-Demonstration gegen Grohnde-Prozesse

Tsp. Hannover. Mehrere tausend Kernkraftgegner aus dem gesamten Bundesgebiet versammelten sich am Sonnabend in der Innenstadt von Hannover, um gegen die sogenannten Grohnde-Prozesse und das Atomenergie-Programm der Bundesregierung zu protestieren. An dieser Demonstration beteiligten sich nach Angaben der Polizei knapp 2500, nach Aussagen der Veranstalter rund 7000 Personen. In Sprechhören, Ansprachen und auf Transparenten forderten sie die „sofortige Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren“ gegen Teilnehmer der von tödlichen Auseinandersetzungen begleiteten Protestaktionen in Grohnde und Brokdorf.

Energisch protestierten die Teilnehmer gegen die Erklärung des niedersächsischen Wirtschaftsministers Kipper, wonach für Niedersachsen sechs weitere Atomkraftwerke notwendig seien. Gegen Ende der Kundgebung kam es zu Kravallen, bei der mehrere Personen, darunter ein Polizeibeamter, leicht verletzt wurden.

Sogar im Spandauer Forst sind jetzt schon die Wandbemaler gewesen. Wir haben festgestellt, daß es sich wirklich lohnt mal wieder dorthin spazieren zu gehen und den Wald zu verschönern und dabei mit "harmlosen Spaziergängern" zu reden. Viele wissen gar nicht warum sie am Oberjägerweg noch spazieren können und sind da erstaunt was (vor einem Jahr) so alles vorgefallen ist, joa und das erfreut sie dann auch. Vor allen Dingen kann man/frau diese "harmlosen Spaziergänger" damit erboxen, wenn man/frau erwähnt, daß jetzt am Reuter-Kraftwerk in Ruhleben das Riesenkraftwerk gebaut werden soll...

BETRIFFT: ALTERNATIVES

BETRIFFT: ALTERNATIVZEITUNGSTREFFEN AM MITTWOCH

den 1. APRIL

Liebe Alternativzeitungskollegen(innen),

Nach einem kleinen Winterschlaf werden wir am nächsten Mittwoch das Treffen der Berliner Alternativzeitungen wieder aufleben lassen.

Folgende uns gemeinsam betreffende Punkte scheinen dies zu rechtfertigen:

1. Der Plan, eine linke Tageszeitung für die BRD zu gründen, ist mittlerweile so konkret, daß wir uns darüber unterhalten sollten, in welcher Beziehung wir zu solch einem Projekt stehen können. Die Formen einer gemeinsamen Unterstützung des Projektes bis hin zur Frage einer gemeinsam erstellten Lokalbeilage sind zu besprechen. Ein Vertreter der hiesigen Vorbereitungsgruppe wird über den aktuellen Stand der Planung berichten. Das Konzept, das die drei Vorbereitungsgruppen (Berlin, Frankfurt, München) auf einer Veranstaltung in Tübingen vorgelegt haben, ist in "radikal" 33 abgedruckt. Es wäre sinnvoll, wenn ihr die Sache bei euch schon mal vordiskutiert hättet. Kontakt der Vorbereitungsgruppe: 883 84 23

2. Der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) hat in einem Seminar festgestellt, daß der Informationsfluß und Kontakt von Bürgerinitiativen und Alternativzeitungen sehr zu wünschen übrig läßt. Wir werden mit Vertretern der Öffentlichkeits-AG des LBU und einzelner BI's besprechen, wie das in Zukunft besser zu koordinieren ist.

3. Im Zusammenhang mit den beiden ersten Punkten wäre möglicherweise erneut die Frage eines gemeinsamen betriebenen Informationsumschlagplatzes (Büros) zu besprechen.

4. Die daran beteiligten Zeitungen müssen dringend eine Bilanz der gemeinsamen Zeitung zur Verfolgung des INFO-BUGS ziehen.

5. Am 10.3. findet ein nationales Alternativzeitungstreffen in Essen statt. Die Erfahrung des letzten hat gezeigt, daß es notwendig ist, dort bestimmte vorgeklärte Interessen einzubringen. Wir sollten die unseren den Veranstaltern frühzeitig mitteilen.

6. In letzter Zeit hat es bei vielen von uns kräftig rumort. Aus diesem Anlaß, aber auch in Hinblick auf die zu erwartenden Auseinandersetzungen um die Struktur einer linken Tageszeitung, wurde der Vorschlag gemacht, eine Diskussionsveranstaltung zur Frage von Gegenöffentlichkeit und Demokratie in Alternativzeitungen zu machen.

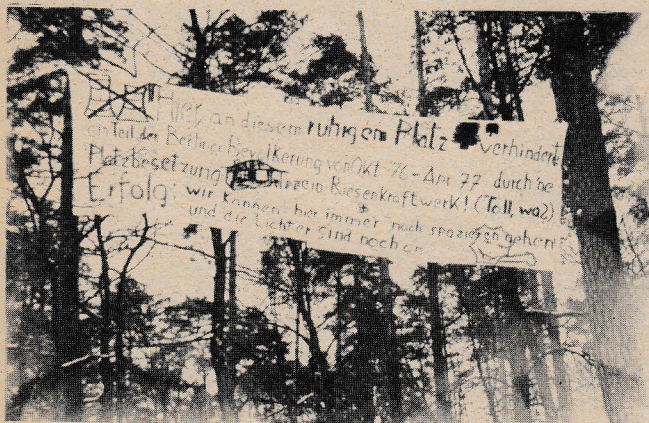
7. Viele von unseren Zeitungen werden in Kneipen hinterm Tresen verkauft. Wie wäre es, einen gemeinsamen Kasten aufzuhängen, in dem alle Zeitungen gut sichtbar hängen? Außerdem kommt der Thilo, der den gemeinsamen Vertrieb von einigen Alternativzeitungen hier in Berlin macht.

-- Das sind erst mal unsere Vorschläge, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Schickt einen Vertreter oder gebt uns Bescheid, wenn ihr das Protokoll haben wollt.

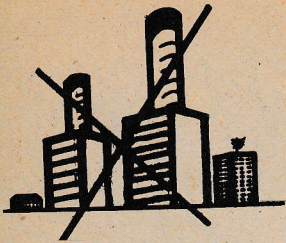
TERMIN: MITTWOCH, 1.3.78, 19 Uhr, GUSTAV-MÜLLERSTR. 46
Tel. 784 78 87 (im Laden)

bis dann

radikal



WENN MILITANT SEIN HEIßT, DASS ICH MÖGLICHKEITEN NUTZE, DASS ICH JEDEN MÖGLICHEN SCHRITT TUE UND ALLE NUR MÖGLICHEN AKTIONEN, UM EIN FÜR ALLE MAL DIE NATÜRLICHE LEBENSWEISE DER MENSCHEN WIEDER EINFÜHREN, WENN DAS MILITANT IST, DANN BITTE ICH MEINEN VATER DIESONNE, UND MEINE MUTTER DIE ERDE, DASS SIE MIR LEBEN UND KRAFT GEBEN, UM VON ALLEN DER MILITANTEN ZU WERDEN! DER WIDERSTAND GEHT WEITER UND DER SIEG IST UNSER! ES O, AM 31.1.78 IM GROHNDE-PROZESS



Gasturbine UNTERHAFEN

Bürgerinitiativenveranstaltung unter KOB 'Aufsicht'

Die Veranstaltung in der Tabeagegemeinde war recht gut besucht; es erschienen zwar keine Volksmassen, dafür aber ne Menge Bürger und kaum Spontikraftis. Irgend wie fand ich die Anwesenheit zweier Kobse (Kontaktbereichsbeamte) ziemlich merkwürdig. Es hatte ein bißchen den Hauch von Preußen um die Jahrhundertwende, als Polizisten in den hinteren Reihen von Versammlungen saßen und die Versammlung als geschlossen erklärten, sobald ein nichtkonformes Wort gefallen war.

Auf Anfrage eines Besuchers der Veranstaltung, erklärten die Kobse kurz angebunden, sie seien als Bürger hier um sich zu informieren. Es läßt sich zwar nicht abstreiten, daß auch Kobse von der Luftverschmutzung betroffen sind, aber ihr Verhalten in der Veranstaltung deutete eher darauf hin, daß sie eine beobachtende Funktion hatten. Die Bürger räumten den Kobsen ein Besuchsrecht ein, was durch aus auch verständlich ist, denn die oft zitierte Blockwartfunktion wird eben nur unter Linken geteilt.

Es wurden drei Vorträge über Energiesituation, Gefährlichkeit von Schadstoffen und Alternative zur Gasturbine gehalten. Erfreulich ist, daß die diesjährige Spitzenlast nur um zwei Megawatt gestiegen ist, sodaß wir jetzt eine Steigerung von nur noch 1,3 % pro Jahr in den letzten 6 Jahren hatten. (Bewagprognose 5,5%)

Am Freitag wollen sich die Aktiven in der Tabeage-Gemeinde treffen

19.30x Aronstr. In der Nähe
vom Arbeitsamt Neukölln/sonnenallee
Kontakt: Wolfgang Beer, Tel. 684 63 50

19.30 Gemeindesaal der Tabeage-
meinde Aronstr. 120 gegenüber vom
Arbeitsamt Neukölln/sonnenallee

Plenum



Exklusivinterview mit dem Regierenden Bürgermeister Stobbel (z.Zt. auf Winterurlaub)

BÜRGERINITIATIVE ENERGIEPLANUNG

UND

UMWELTSCHUTZ

Am Mittwoch, dem 1. März veranstalten wir ein öffentliches Plenum mit Prof. Strümpel, der an der Erstellung der Alternativgutachten zur Senatsenergiekonzeption beteiligt war.

Im Anschluß daran wollen wir über Strompreisboykott reden. Ihr könnt euch ja schon mal Gedanken darum machen, wie wir den Strompreisboykott inhaltlich füllen könnt

llen. Ein Vorschlag, der erst in letzter Zeit aufgetaucht ist,

llen. Eine relativ neue Sache ist, die, daß wir den Einbau von Spitzenlastabwurfsteuergeräten (siehe auch BUG 1009 s. 8ff) fordern, weil damit nicht nur die Gasturbine Neukölln überflüssig wird, sondern durch die fehlende Spitzenlaststeigerung neue Grundlastkraftwerke überflüssig werden.

Mittwoch, Götzstr. 24 ev. Gemeindezentrum, 19.30 U-Bahnhof Alt-Tempelhof



Aktion vor dem Bewag Beratungsgebäude am KUDAMM

anläßlich

des Jahrestags der Entscheidung

Gorleben als Standort für eine Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie

und

des Smogwetters, welches einige Tage wieder mal 'unsere' Stadt einhüllte.

Verabredet waren wir um 16.30. Der Freundeskreis Gorleben kam ein wenig später und so verteilten wir schon einmal mit Gasmasken die satirische aber unregelmäßig erscheinende Zeitschrift ZB 700 SMOGTODE IN BERLIN. Wir hatten schon in der U-Bahn bißchen Zwirbel gemacht und waren recht gut gelaunt trotz Regen. Als dann die Gorlebener kamen wurde es bunter. Sie brachten Transparente mit, einen Kinderwagen mit einem Atommüllfaß drin, Glühwein, Hinweisschilder nach AKW-Standorten usw. Schokolade wurde verteilt. Kobse kamen und fragten nach Verantwortlichen. War natürlich keiner da. Muß wohl ne Versammlung von 16 Einzelpersonen gewesen sein. Sonst passierte aber nichts.

Ich fand die Reaktion der Leute recht gut im Vergleich zu anderen Aktionen die gelaufen waren. Es mag vielleicht daran gelegen haben, daß die Häuser, das Wetter und ringsherum sonst alles grau war, nur wir waren eine bunte Insel mit Drumherum. Obwohl nicht alle Leute eine positive Einschätzung dieser Aktion hatte, war ich doch zufrieden. Ich sprach mit Leuten über das Smogwetter und was man tun könnte, damit die Stadt nicht dauernd davon betroffen ist.

Von der Gorlebenaktion habe ich jetzt nicht soviel mitbekommen, daß ich sie einschätzen könnte (ich war zu sehr mit Smog beschäftigt). Beabsichtigt war

eine Solidaritätsaktion, die auch in anderen westdeutschen Städten gelaufen ist, für die Bürgerinitiativen in Gorleben. Wiederaufforstung statt Wiederaufbereitung.

ZB: Hängt ihr überraschender Rücktritt, Herr Stobbel, mit dieser Smogkatastrophe zusammen?

Stobbel: Die Auswirkungen unserer Energiepolitik hat mich zutiefst erschüttert. 700 Tote in den ersten drei Tagen des Smogs erscheint mir zu ... schlimm, um die Wahrheit weiter verschweigen zu können.

ZB: Wie meinen Sie das, Herr Stobbel?

Stobbel: Dazu muß ich zurück in das Jahr 76/77 greifen. Vielleicht erinnern Sie sich an den Streit mit den Bürgerinitiativen Oberjägerweg und später mit Energieplanung und Umweltschutz, um das geplante Kraftwerk Kuhlener Wiesen.

ZB: Richtig, die Bürgerinitiativen forderten den Senat zu einem alternativen Energiekonzept auf.

Stobbel: Es waren nicht nur die Bürgerinitiativen. Auch das Wissenschaftszentrum legte ein Gutachten vor. Wir wußten schon damals, daß ein Stromzuwachs von 5,5 % glatter Unsinn war. Aber um das Gesicht zu wahren setzten wir den Kraftwerksbau mit Hilfe unserer Ordnungskräfte durch.

ZB: Es ist in den letzten Jahren ein stetiger Zuwachs des Stromverbrauchs von 1,5 % zu verzeichnen gewesen. Wie haben Sie diese Steigerung aufrecht erhalten können?

Stobbel: Nun ja. Nichts einfaches als das. Statt vorhandene Energie rationell zu nutzen, konzipierten wir z.B. eine reine Stromversorgung in Sanierungsgebieten.

ZB: Das müssen Sie näher erklären.

Stobbel: Sehen Sie, die Bewag verbrennt Öl und Kohle um Strom zu erzeugen. Bei diesem Prozeß gehen 60 % als Wärmeabfall verloren und wird an Luft und Flüsse abgegeben. Diese Wärme zu nutzen ist natürlich viel sinnvoller als die Haushalte nochmals Öl und Kohle verbrennen zu lassen um zu heizen oder Warmwasser zu haben. Glatter Unsinn ist dabei mit Strom zu heizen, zu kochen und Warmwasser aufzubereiten. Das haben wir mit unserer Politik gefördert.

ZB: Wäre es heute zur Smogkatastrophe gekommen, wenn Sie eine andere Energiepolitik betrieben hätten?

Stobbel: Sicherlich nicht, denn mit dem Ausbau des Fernwärmenetzes hätte man die Stromzuwachsrate gesenkt, denn heißes Wasser für Waschmaschinen, Geschirrspülautomaten, zum Baden und Duschen hätten den Stromzuwachs gesenkt und außerdem die Einzelöfen in den Haushalten abgeschafft. Wenn wir zusätzlich alle Kraftwerke mit Entschwefelungsanlagen ausgestattet und alle Kraftwerke erneuert hätten, dann hätte es keine Katastrophe gegeben.

ZB: Die Vorschläge, Herr Stobbel, hatten die Bürgerinitiativen aber alles schon 1976 gemacht.

Stobbel: Ich kann nur resignativ sagen: „Hätten wir nur damals auf die Bürgerinitiativen gehört“.

ZB: Wir danken für das Gespräch.

Nr. 226 • 10. Jahrgang • 8. Dezember 1982 • 52 AK
Erscheinung des 4. • 1. Heft am 1. 1. 1983
Abrechnung 55 4. • 1. Heft am 1. 1. 1983
Abrechnung 55 4. • 1. Heft am 1. 1. 1983

Die Voraussetzungen für Smog-Alarm waren erfüllt

19 Meßstellen zeigten zu hohe Schwefeldioxid-Konzentration

Gestern um 14 Uhr 30 ertörten die Fachleute der Senatsverwaltung für Gesundheit und Umweltschutz, ob es sinnvoll wäre, Smog-Alarm auszulösen. Die Voraussetzungen dazu waren erfüllt: Mehr als die Hälfte aller 31 über die Stadt verteilten Meßstellen zeigten bereits seit drei Stunden Schadgas-Konzentrationen von mehr als 0,8 Milligramm Schwefeldioxid pro Kubikmeter Luft an. Die erste Alarmstufe war damit erreicht. In dieser Situation kann die Bevölkerung zunächst von der Behörde zu freiwillig umweltschonenderem Verhalten aufgefordert werden. Da sich jedoch um diese Zeit schon absehen ließ, daß der Höhepunkt der Luftverschmutzung überschritten war, wurde kein Smog-Alarm von der Gesundheitsbehörde ausgelöst.

Am dicksten war die SO₂-Konzentration auch gestern — genau wie am Tage zuvor — in Wedding. Die Meßstelle in der Ellerbeker Straße registrierte um 12 Uhr 30 1,82 Milligramm Schwefeldioxid pro Kubikmeter. Quer über die Stadt verteilt, meldeten zu dieser Zeit 19 Meßstellen Konzentrationen von mehr als einem Milligramm; nur an zwölf Punkten des Meßnetzes war die Luft etwas weniger schwefeldioxidhaltig (unter ein Milligramm). Nach Einschätzung des für das Luftgüte-Meßnetz zuständigen Wissenschaftlers war das nach Ausdehnung und Dauer die intensivste Luftverschmutzung, die bisher beobachtet worden ist. 30 Minuten hindurch zeigten sogar 25 Meßstellen mehr als 0,8 Milligramm SO₂ pro Kubikmeter. Trotzdem standen überall in der Innenstadt Lastwagen und Pkws mit laufenden Motoren auf den Straßen; und die Polizei fuhr tatenlos vorbei.

Nächtliche Tiefsttemperaturen von minus zwölf Grad, zwölf Stunden hindurch nahezu Windstille und dann in den Morgenstunden eine Inversion waren die meteorologischen Voraussetzungen für die ungewöhnlichen Schadgaskonzentrationen über der

Stadt. Um elf Uhr, als am Boden minus fünf Grad gemessen wurden, waren es in knapp 500 Meter Höhe minus 2,4 Grad und in 213 Meter Höhe minus 5,3 Grad. Zwei Stunden später lag die Temperatur am Boden bei minus 0,9 Grad, so daß ein normaler Luftaustausch nach oben möglich war. Von 15 Uhr 30 an zeigte das Meßnetz dann auch wieder SO₂-Konzentrationen, die unter der für die Gesundheit relevanten Grenze lagen. Auch für heute wird nochmals mit einer Dunstglocke über der Stadt gerechnet. L. H.

Neuer Fall von Virusgrippe

In der Entwicklung der Erkaltungskrankheiten zeichnen sich keine Veränderungen ab. Die Krankmeldungen in den Schulen liegen nach den letzten Meldungen an die Gesundheitsverwaltung bei 15,6 Prozent, während in den städtischen Betrieben 11,6 Prozent der Mitarbeiter krank sind. Inzwischen ist ein neuer Fall von Virusgrippe bestätigt worden. Es handelt sich jedoch nicht um den neuen osteuropäischen Erreger, sondern um den schon zuvor in den Wintermonaten grassierenden Typ. (Tsp)



Smog über Berlin. Nur schemenhaft sind die Autos zu erkennen, die hier in Dunst und Nebel durch die Stresemannstraße in Kreuzberg fahren. Foto: stark-otto

Zweifel an der Energiepolitik

Bürgerversammlung zum Thema Kraftwerk auf Ruhlebener Wiesen

„Wir wurden bislang nicht ausreichend informiert und vor allem nicht ehrlich genug.“ Die nur etwa 120 Haselhorster und Ruhlebener Bürger, die gestern nachmittag einer Einladung der drei örtlichen Kirchengemeinden gefolgt waren, um über die Kraftwerkspläne des Senats zu diskutieren, gingen in Einigkeit auseinander: Den Strom-Riesen zur Erzeugung von 600 Megawatt, welchen die Bewag neben das bestehende Kraftwerk Reuter setzen möchte, wollte niemand haben. Zuvor hatten Vertreter der Bürgerinitiative „Oberjägerweg/Ruhlebener Wiesen“ im Gemeindehaus am Haselhorster Damm knapp drei Stunden lang aus ihrer Sicht Bericht erstattet.

Dabei wurden ähnliche Argumente vorgebracht, wie noch vor kurzem bei dem erfolgreichen Kampf gegen den Kraftwerksbau im Spandauer Forst. Wie berichtet, hatte der Senat nach dem Scheitern seiner ursprünglichen Spandauer Baupläne die Ruhlebener Wiesen, um die es gestern ging, zum Standort für den Bau bestimmt. Es sei jedoch, argumentierte die Bürgerinitiative, in Berlin überhaupt kein Kraftwerk nötig. Es habe sich inzwischen bestätigt, daß die Energiebedarfsprognosen des Senats bei weitem zu hoch gegriffen seien. So werde in Berlin auch keine Energiepolitik im eigentlichen Sinne betrieben, es würden einfach nur Kraftwerke gebaut. In diesem Zusammenhang wies die Bürgerinitiative auf das kürzlich vom Tagesspiegel veröffentlichten Gutachten Professor Strümpels hin, in dem der sogenannte „Spitzenlast-abwurf“ propagiert worden war.

Besonderen Raum nahm — auch in der Diskussion der anwesenden Bürger — die heute schon vorhandene Luftverschmutzung im Raum Ruhleben/Haselhorst ein. Eine Anwohnerin berichtete von ihrem Apotheker, der kürzlich aus Steglitz nach Haselhorst umgesiedelt sei und seitdem dreimal soviel Asthma-Heilmittel verkaufe wie vorher.

Viel war während der drei Stunden die Rede von den „anonymen Planern“, die hinter dem Kraftwerksbau stünden. Ein Sprecher des Senats oder der Bewag, der vielleicht Aufschluß über die geheimen Mächte im Hintergrund hätte geben können, fehlte auf dem Podium des Gemeindefaßls. Dies soll beim nächsten Male anders sein. Der gestrige Nachmittag diene so weniger der Information der Bürger als der Werbung für die Bürgerinitiative. thl

Grünes Licht für Europas größtes Kohlekraftwerk

Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts im Fall Voerde — Verfassungsbeschwerde angekündigt

In einem der von Luftverschmutzung am meisten betroffenen Gebiete der Bundesrepublik darf nach einem Spruch des Bundesverwaltungsgerichts das größte Kohlekraftwerk Europas errichtet werden. Mit dem gestern verkündeten Urteil zog das Bundesverwaltungsgericht einen vorläufigen Schlußstrich unter die seit fast zwei Jahren anhaltenden Diskussionen über Konsequenzen und mögliche Reaktionen auf das sogenannte „Voerde-Urteil“ des Oberverwaltungsgerichts Münster, das insbesondere von der Industrie als „Investitionsbremse“ in Belastungsgebieten bezeichnet wurde.

„Worum geht es? In Voerde, einige Kilometer westlich von Duisburg, betreibt die STEAG ein Kohlekraftwerk mit einer Leistung von 400 Megawatt. Anfang 1974 kündigte die STEAG ihre Absicht an, auf dem Kraftwerks-gelände zwei weitere Kraftwerksblöcke mit je 700 Megawatt Leistung zu errichten, die 1977 in Betrieb gehen sollten. Gegen den vom Gewerbeaufsichtsamt Duisburg erteilten positiven Vorbescheid an die STEAG und die Genehmigung für den Beginn der Ausbaubearbeitung klagte der vier Kilometer von dem Kraftwerk entfernt wohnende Ingenieur Hans Bassfeld von der „Interessengemeinschaft gegen gefährliche Industrieanstaltungen“ unter Be-

rufung auf das Bundes-Immissionsschutzgesetz.

Mit seiner Klage hatte Bassfeld sowohl beim Verwaltungsgericht Düsseldorf als auch in der vom Gewerbeaufsichtsamt eingelegten Revision beim Oberverwaltungsgericht Münster Erfolg. Die Münsteraner Richter betonten in ihrem Urteil vom 7. Juli 1976, daß zwar auch nach Inbetriebnahme der beiden Kraftwerksblöcke die Werte der „Technischen Anleitung Luft“ (eine Verwaltungsvorschrift, die Höchstwerte für mehr als 170 Schadstoffe in der Luft festlegt) voraussichtlich nicht überschritten würden. Jedoch werde in der Verwaltungsvorschrift nichts über das Zusammenwirken der verschiedenen Stoffe gesagt, das nach Ansicht der Münsteraner Richter im Fall Voerde zu einer nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz zu vermeidenden „schädlichen Umwelteinwirkung“ führen würde. Als unerheblich für die Genehmigungsfähigkeit des Kraftwerks hatten die Münsteraner Richter auch die Zusage der STEAG betrachtet, das sechs Kilometer von dem Standort in Voerde gelegene Kohlekraftwerk Walsum zu modernisieren und dadurch die Luftbelastung in dem Gebiet zu mindern.

Diese Auffassung hat jetzt der Erste Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin kor-

rigiert. In seiner mündlichen Begründung des Urteils (Aktenzeichen 1 C 102/76) wurde betont, daß das Gericht die in der Technischen Anleitung (TA) Luft festgesetzten Werte „für den Regelfall als geeignete Beurteilungsgrundlage darüber“ betrachtet. „Ob Luftverunreinigungen nach Art, Ausmaß und Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft herbeizuführen, Daher begründen seiner Ansicht nach die Immissionswerte der TA Luft im allgemeinen die Vermutung, daß bei ihrer Einhaltung die Schädlichkeits- und Zumutbarkeitsgrenze des Bundesimmissionsschutzgesetzes nicht überschritten wird.“

Gesetzesrang, so betonte das Gericht weiter, habe auch die nach dem Münsteraner Urteil geschaffene, oft auch „LEX STEAG“ genannte, Übergangsvorschrift Nummer 4 der TA Luft, nach der Anlagen, die bis zum September 1978 genehmigt wurden, auch danach mehr Schadstoffe abgeben dürfen (diese Werte sind in der Übergangsvorschrift festgelegt) als in der TA Luft vorgesehen. Unerheblich müsse dabei bleiben, so das Bundesverwaltungsgericht, ob auch diese Werte analog denen der TA Luft wissenschaftlich begründet sind. Ein weiterer wichtiger Aspekt des Urteils ist die Auffassung des Gerichts, daß im Fall Voerde der schriftliche Vorbescheid keine Verpflichtung der Genehmigungsbehörde enthalte, auch den Betrieb des Kraftwerks zu genehmigen. Der Vorbescheid sei unter zahlreichen Vorbehalten betreffend des Nachbarnschutzes erteilt worden.

Nach dem Urteilsspruch kündigte der Rechtsvertreter von Bassfeld, Rechtsanwalt Geulen, an, daß sein Mandant gegen das Urteil eine Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht einlegen werde. Rechtsgrundlage für eine derartige Beschwerde sei Artikel 2, Absatz 2, des Grundgesetzes, der den Schutz der körperlichen Unversehrtheit garantiert. Darüberhinaus werde sein Mandant gegen jegliche weitere Teilgenehmigung für das Kraftwerk Voerde klagen. In einer ersten Urteilskritik betonte Geulen, daß das Bundesverwaltungsgericht das Verfahren an die Münsteraner Richter hätte zurückweisen müssen, da dem Münsteraner Urteil keine Gutachten über die tatsächliche Luftbelastung im Raum Voerde zugrundegelegt hätten. Diese überschreite nach Meinung seines Mandanten schon jetzt die in der TA Luft festgelegten Werte. Es bestünden also gute Aussichten, daß das Kraftwerk schließlich doch nicht in Betrieb genommen werden könne.

Nicht nur für das Kraftwerk Voerde, sondern auch für das Schicksal von Immissionschutzgesetz und TA Luft hat das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts grundsätzliche Bedeutung. War doch gleich nach dem Münsteraner Urteil von Seiten der Industrie die Forderung erhoben worden, die rechtlichen Grundlagen der Genehmigungsverfahren zu prüfen und dafür zu sorgen, daß nicht mehr einzelne Personen wichtige industrielle Bauvorhaben verhindern könnten. Der damalige Wirtschaftsminister Friderichs hatte im Februar vergangenen Jahres eine gesetzliche Änderung der Umweltschutzvorschriften für Kohlekraftwerke gefordert. Und Ende des vergangenen Jahres schließlich hat das Bundeskabinett den für den Umweltschutz zuständigen Minister Maihofer beauftragt, Vorschläge für eine rechtliche Absicherung der TA Luft vorzulegen.

Schon damals hat Maihofer, der mit seinen Vorschlägen auf das jetzt gefällte Urteil des Bundesverwaltungsgericht wartete, angekündigt, daß bei einer Rechtsverbindlichkeit der TA Luft eine Reihe von Werten gesenkt werden müßten. In diesem Falle nämlich hätten die Gerichte auch in Sonderfällen keinen Entscheidungsspielraum mehr. Marion Kern

Aufgespießt

„Und drüht der Jänner noch so sehr, Atomüll wärmt von unten her.“

„Im Februar ist die Tritium-Menge geringer wegen seiner Länge.“

„Bläst Märzwind aus Nordnordwesten, verteilt das Krypton sich am besten.“

„Ist es auch trübe im April, uns leuchtet der aktive Müll.“

„Fällt warmer Regen Anfang Mai, sind Nukleide auch dabei.“

„Ist's Juni, und es bläst ein steter Ostwind, schau aufs Dezimeter!“

„Zeigt sich ein Julischauer an, trägt Strahlenschutz der Bauersmann.“

„Herrscht im August sehr starke Hitze, Plutonium dringt aus jeder Ritze.“

„Wenn der September Krypton bringt, ihr letztes Lied die Lerche singt.“

„Im Oktober steigt die Beta-Strahlung, der Bauer stöhnt und greift zum Valium.“

„November-Himmel, regentrübe, still steht und strahlt die Zuckerrübe.“

„Dezember ist's, es düst der Hund, der GAU beschließt das Jahresrund.“

Bauernregeln im Zeitalter der Atomkraftwerke, entnommen dem Merlin-Kalender für das Jahr 1978. (GAU heißt „größter anzunehmender Unfall“.)

120 gemeldete Störfälle in Kernreaktoren im Jahr 1969

KÖLN, 20. Februar (AP). Bei insgesamt 120 im Jahre 1969 in der westlichen Welt gemeldeten Störfällen in Kernreaktoranlagen wurde achtmal unkontrolliert Radioaktivität an die Umwelt abgegeben. Wie aus dem am Montag von der Kölner Gesellschaft für Reaktorsicherheit veröffentlichten Bericht über die „weltweite Erfassung besonderer Vorkommnisse in Kernkraftwerken, Versuchs- und Forschungsreaktoren 1969“ hervorgeht, waren die Aktivitätsfreisetzungen aus den Reaktoranlagen, „abgesehen von wenigen kurzzeitigen, geringen Überschreitungen der Grenzwerte“, stets geringer als die erlaubten Höchstwerte, so daß die Bevölkerung in der Umgebung nicht zu Schaden gekommen sei.

1969 hatten die Mitglieder der internationalen Atomenergieagentur in Wien insgesamt 91 Kernkraftwerke und 314 Versuchs- und Forschungsreaktoren betrieben. Berichte über Störfälle waren

jedoch nur aus neun Ländern der westlichen Welt gekommen, darunter allein 70 Prozent von amerikanischen Anlagen, da zu dieser Zeit nur in den USA eine umfassende Meldepflicht existierte.

Von den 120 besonderen Vorkommnissen ereigneten sich 59 in insgesamt 31 stromerzeugenden Kernkraftwerken und 61 in insgesamt 30 Versuchs- und Forschungsreaktoren. Aus der Bundesrepublik wurden 1969, als sich die deutschen Reaktoren noch weitgehend in der Anlaufphase befanden, 16 besondere Vorkommnisse aus sechs Anlagen gemeldet.

Erf 120 besonderen Vorkommnisse waren auf menschliches Versagen zurückzuführen. Alle anderen Störfälle hatten technische Ursachen, unter denen Korrosionsschäden an der Spitze standen. Bei der Art der Vorkommnisse standen Schäden direkt im Reaktorkern an erster Stelle; 48mal wurden defekte Struktur-, Brenn- und Steuerelemente festgestellt.

DACHPROZESS:

-ERSTMAL VERTAGT-

Erstmal muß ich sagen, daß ich mich unheimlich gefreut habe über so viele interessierte Leute, die da auf der Treppe saßen und auf Einlaß in den Gerichtssaal warteten. Sonst ist man ja so 5-10 Leute gewöhnt aber diesmal waren es sage und schreibe mehr als Sitzplätze da waren. Der Richter verlangte, daß keiner stehen dürfe, und so rückten wir halt solidarisch eng zusammen. Die Angeklagten und Verteidiger waren sichtlich erfreut darüber und es bestärkte sie auch in ihren Schilderungen aus der Knastraxis. Sie führten sehr genau aus, was sie dazu gebracht hatte das Dach zu besteigen, und daß ihre Aktion von Anfang an als gewaltlos geplant war. (Wenn was hat es für'n Sinn sich als "Martyrer zusammenschlagen zu lassen?) So erzählte Bernd zB von der medizinischen Versorgung: mehrmals lag er stundenlang blutspuckend mit allen Kolen am Boden ohne daß ein Arzt gerufen wurde. Dann gabs Telefondiagnosen: Blinddarmreizung, Zwölffingerdarmspülung oder Psychosomatisches Leiden. Erst beim Psychologen wurden die Gallensteine entdeckt. Der Richter versuchte die ganze Zeit über diese Tatsachen zu überdecken und die rein formalen Gesichtspunkte zu verhandeln, aber dank der offensiven Verteidigung gelang ihm das nicht. Ich hatte sowieso immer den Eindruck, daß Anklagebank und Richtertisch vertauscht seien). Nach der Mittagspause wurden die 53 Forderungen der Dachbesteiger vorgetragen, was dem Besitzer sichtlich Schwierigkeiten machte. Als direkt danach der Richter die ersten Bullenzeugen reinrufen wollte, was nun wirklich der Gipfel der Ignoranz dem Inhalt des Kataloges gegenüber bedeutet hätte, intervenierte die Verteidigung und es kam zu einem längeren Wortwechsel. Ein Verteidiger führte aus, daß der Prozeß nur auf einem Tag angesetzt ist und es unmöglich sei so auch nur Bruchteile inhaltlich zu behandeln. Nun gut. Das Gericht zog sich zur Beratung zurück und verkündete dann, daß es sich vertage. ★

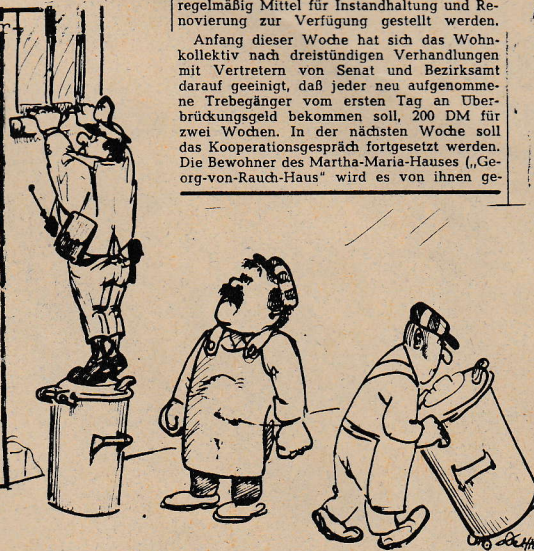
Und hier noch was aus einem der Arbeiter- und Bauernparadiese:

Peking: Todesstrafe kann noch nicht abgeschafft werden

Peking (dpa)

Vergeltung und Abschreckung sind die wichtigsten Grundsätze für die Todesstrafe in China, erklärte Professor Han Yu-tung in Peking in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Hsin-hua. Der stellvertretende Direktor des Instituts für Rechtswissenschaften fügte hinzu, daß es die innere Lage noch nicht erlaube, "Klassenfeinde" und "Konterrevolutionäre" ohne die Drohung der Todesstrafe zu unterdrücken.

Die Todesstrafe werde im Ausland weitgehend abgelehnt, stellte der Interviewer fest und verbreitete damit eine Nachricht, die für die meisten Chinesen neu sein dürfte. Professor Han berief sich auf Mao Tse-tung und teilte die Verbrechen, auf die die Todesstrafe steht, in die Kategorien „Blutschuld“ und „Angriff gegen den Staat“ ein. Hinrichtungen könnten in China „noch“ nicht abgeschafft werden. Sie seien zur „Besänftigung“ des Volkes notwendig.



Politische Verantwortung für Stammheim-Skandal umstritten

CDU-Mehrheit im Stuttgarter Untersuchungsausschuß entlastet Regierung / SPD/FDP-Minderheit sieht eindeutiges Versagen

STUTTGART, 23. Februar (dpa). Die Frage nach der politischen Verantwortung der Stuttgarter Landesregierung für die drei Stammheimer Selbstmorde im vergangenen Oktober bleibt auch in den Abschlüssen des Stammheim-Untersuchungsausschusses des Stuttgarter Landtags umstritten. Dagegen kommt das parlamentarische Gremium in der vor allem im Ausland diskutierten Frage nach den Todesumständen von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe einmütig zu dem Ergebnis, daß die Gefangenen Selbstmord begingen. Der Stuttgarter Landtag über den Bericht im März beraten. In dem von der CDU-Mehrheit des Ausschusses verabschiedeten Bericht heißt es: „Ein Versagen oder eine Verantwortlichkeit der Landesregierung im Sinne einer politischen Gefährdungshaftung liegt nicht vor.“ Dagegen stellt

die SPD/FDP-Minderheit in einem abweichenden Votum fest: „Die Regierung von Baden-Württemberg war der Größe der ihr gestellten Aufgabe bei der Bekämpfung des Terrorismus nicht gewachsen. Sie trägt dafür die politische Verantwortung.“ In dem Mehrheitsbericht wird ausdrücklich jede politische und persönliche Verantwortung für die inzwischen aus der Stuttgarter Regierung ausgeschiedenen Minister Trautgott Bender (Justiz) und Karl Schiess (Innen) für die Stammheim-Vorfälle zurückgewiesen. Dagegen sieht die Ausschubminderheit nicht nur ein „politisches Versagen“ von Bender und Schiess, sondern macht auch Ministerpräsident Hans Filbinger für Stammheim direkt verantwortlich. Er habe die Vorfälle „auch und vor allem zu vertreten“, da er seiner Pflicht zur Koordination und Führung der

Regierungsaufgaben in einer schweren Sicherheitsbedrohung nicht entsprochen habe. SPD und FDP kommen in ihrem abweichenden Votum zu der Einschätzung, daß die „Nichteinhaltung der Kontaktsperre“ in Stammheim „den kollektiven Selbstmord von Häftlingen erleichtert“ habe. „Gerade die Tatsache, daß die Baader-Meinhold-Häftlinge Radionachrichten von außen empfangen und sich untereinander durch eine selbstgebaute Fernsprechanlage verständigen konnten, hat die Verabredung eines kollektiven Selbstmordes begünstigt“, heißt es dazu. In dem Mehrheitsbericht des Ausschusses wird festgestellt, daß sich der Stuttgarter Ministerrat von Beginn der Prozeßvorbereitung an wiederholt mit dem Vollzug der Untersuchungshaft der terroristischen Angeklagten befäßt

habe. Filbinger habe auch außerhalb der Kabinettsitzungen Bender auf die „große Bedeutung einer sicheren und humanen Verwahrung“ der Terroristen hingewiesen. Angesichts der getroffenen Maßnahmen sei das Kabinett davon ausgegangen, daß „alles Erdenkliche und Erforderliche getan sei, um entsprechend den erteilten Weisungen einen wirksamen Einschluss der Gefangenen zu gewährleisten“. Der Ministerpräsident — so wird im Ausschubbericht betont — habe keinen Anlaß gehabt, auf weitere Maßnahmen hinzuwirken. Die unterschiedliche Bezeichnung der Frage nach der politischen Verantwortung für die vom gesamten Ausschub einstimmig festgestellten Mängel. Rund 90 Prozent des an die 300 Seiten umfassenden Berichts wurden einstimmig angenommen.

Frauen-Catheden in Lsdn verboten
London (dtp). Die Londoner Stadtverwaltung hat Frauen, die Teilnahmen an Cathedenanstalten inoffiziell Stadtratsmitgliedern erklären, dieser Sport stelle eine Entwürdigung der Frau dar.

Die neuen Anti-Terror-Bestimmungen TSP 17/2

Die verabschiedete Novelle enthält im wesentlichen folgende Vorschriften, die terroristische Straftaten erschweren und die Verfolgung solcher Straftaten erleichtern sollen:

1. Nach Paragraph 103 Strafprozeßordnung, kann künftig bei Verdacht terroristischer Aktivitäten nicht nur eine bestimmte Wohnung, sondern das ganze Gebäude, nicht jedoch der gesamte Gebäudekomplex auf Anordnung des Richters oder des Staatsanwalts durchsucht werden.
2. Nach Paragraph 111 Strafprozeßordnung, können im Rahmen der Strafverfolgung von Terroristen an öffentlich zugänglichen Orten Kontrollstellen eingerichtet werden, an denen jeder seine Identität feststellen und seine Sachen durchsuchen lassen muß.
3. Nach Paragraph 163 b und c Strafprozeßordnung, beinhaltet die Identitätsfeststellung bei Tatverdächtigen auch erkenntnisdienliche Maßnahmen wie Lichtbilder und Fingerabdrücke sowie nötigenfalls eine bis zu zwölfstündige Freiheitsentziehung. Diese Regelung ist nicht auf die Terroristenfahndung beschränkt.
4. Nach Paragraph 148 Strafprozeßordnung, wird die Einführung von Trennscheiben für Gespräche zwischen Inhaftierten und ihren Anwälten vorgeschrieben, damit keine Gegenstände in die Zellen geschmuggelt werden können. Dies gilt in Verfahren nach Paragraph 129 a (terroristische Vereinigung).
5. Nach Paragraph 138 a Strafprozeßordnung, kann ein Verteidiger ausgeschlossen werden, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, daß er an der Tat des Inhaftierten beteiligt ist. Dies gilt — wie die

anderen Maßnahmen — für den Straftatbestand nach Paragraph 129 Strafgesetzbuch (Bildung krimineller Vereinigungen).

Demgegenüber hat die CDU/CSU unter anderem noch folgende Forderungen erhoben, die von der Koalition abgelehnt wurden: Überwachung der Verteidigergespräche durch einen anwesenden Richter, Klassifizierung der terroristischen Bandenbildung als Verbrechen (statt bisher Vergehen), Möglichkeit der Sicherungsverwahrung bei terroristischer Ersttäter. Es wird damit gerechnet, daß die unionsregierten Länder über den Bundesrat versuchen werden, die eine oder andere dieser Forderungen sowie eine Verschärfung der verabschiedeten Vorschriften durchzusetzen.

Nachdem der Bundestagspräsident das Haus zu Beginn der Sitzung — auf die Haushaltsdebatte bezugnehmend — ermahnt hatte, „in der Sprache eine größere Zurückhaltung zu üben“, verlief die Aussprache am Vormittag recht sachlich. Die Sprecher der Koalition und Opposition bekräftigten im wesentlichen bekannte Positionen. Die CDU/CSU lehnte die Novelle als untauglich ab. Ihr Inhalt sei „geradezu lächerlich“. Wenn der Staat (wie im Falle Schleyer) Bürgern das Opfer des Lebens zumute, so müsse er ihnen auch fühlbare Einschränkungen zur Bekämpfung des Terrorismus zumuten können. Die Koalition hingegen versicherte, die Novelle biete einerseits wirksamere Handhaben gegen den Terrorismus und achte andererseits die verbrieften Freiheitsrechte der Bürger. Den abweichenden Meinungen einiger SPD-Abgeordneter werde Respekt bekundet.

Kollektiv fühlt sich unter Druck

Verhandlungen über weitere Nutzung eines Bethanien-Gebäudes dauern an

„Wir sind hier ein selbstverwaltetes Wohnkollektiv und kein sozialpädagogisches Experiment des Senats.“ So die Reaktion der Bewohner des ehemaligen Schwesternhauses im Bethanien-Komplex am Mariannenplatz auf die Forderungen der Senatsjugendverwaltung und des Bezirksamts Kreuzberg, die den im Januar auslaufenden Vertrag neu gestalten wollen. Wie berichtet, will die Senatorin für Familie, Jugend und Sport zusammen mit dem Bezirksamt Kreuzberg erweiterte Regelungen einführen, beispielsweise Kontrolle des Schulbesuches und ein Mindestalter für die Bewohner. Auf einer Pressekonferenz nannten die Bewohner des Kollektivs gestern ihre Forderungen: Sie wehren sich dagegen, jedes Jahr einen Arbeitsbericht zu erstellen, statt dessen haben sie nach einjähriger Arbeit eine umfassende Dokumentation („Friede den Hütten, Krieg den Palästen“) herausgegeben, in der sie versuchen, ihre Probleme der Öffentlichkeit näherzubringen. Die erste Auflage mit 3000 Exemplaren ist bereits vergriffen.

Weitere Forderungen des Kollektivs betreffen die Altersregelung, die sie allein bestimmen wollen, sowie die Erwartung, daß regelmäßig Mittel für Instandhaltung und Renovierung zur Verfügung gestellt werden. Anfang dieser Woche hat sich das Wohnkollektiv nach dreistündigen Verhandlungen mit Vertretern von Senat und Bezirksamt darauf geeinigt, daß jeder neu aufgenommene Trebegänger vom ersten Tag an Überbrückungsgeld bekommen soll, 200 DM für zwei Wochen. In der nächsten Woche soll das Kooperationsgespräch fortgesetzt werden. Die Bewohner des Martha-Maria-Hauses („Georg-von-Rauch-Haus“) wird es von ihnen ge-

nannt) fühlen sich jedoch vom Senat unter Druck gesetzt, weil dieser ihnen eine Verhandlungsfrist bis zum 31. März gesetzt hatte. Sie fordern deshalb zunächst mit Unterstützung von Rechtsanwälten, daß die Verhandlungen ohne Befristung weiterlaufen sollen.

Sechs Monate Gefängnis wegen eines KBW-Artikels

Tsp. Karlsruhe. Ein halbes Jahr Gefängnis ohne Bewährungsfrist hat eine 20jährige Frau aus Karlsruhe als Strafe dafür erhalten, daß sie als presserechtlich verantwortlich für eine kommunistische Zeitung gezeichnet hat, in der ein anonym Artikel zum Mord an Generalbundesanwalt Buback abgedruckt worden war. Als Berufungsinstanz hat das Landgericht Karlsruhe diese von einem Amtsgericht verhängte Strafe bestätigt.

Die Frau gehört dem Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) an und zeichnet verantwortlich für die Zeitung „Arbeiterstimme“. In deren Ausgabe vom 14. April 1977 war unter der Überschrift „Buback erschossen, Gründe gibt's genug, aber was tutzt es schon?“ ein anonym Artikel erschienen, dessen Veröffentlichung zu der Verurteilung führte.

In dem Zeitungsbeitrag hieß es unter anderem: „Gründe, einen Staatsanwalt, einen Richter, einen Regierungspräsidenten oder einen Polizeipräsidenten zu erschießen, ach heje, Gründe gab's genug, und auch gute. Buback ist jetzt erschossen. Aber die Brüder wachsen nach. Das weiß jeder. Deswegen sagen wir Kommunisten: Man muß den Staatsapparat ganz und auf einen Ruck zerschlagen.“

In dem nun bestätigten Urteil des Amtsgerichts heißt es, in dem inkriminierten Beitrag sei „im stillen“ eine „gewisse Befriedigung“ über den Mord an Buback sichtbar.

Kreuzberger FDP-Fraktion gegen Abrissvorhaben des Bezirksamtes

Gegen die Absicht des Bezirksamtes Kreuzberg, nach der ehemaligen Feuerwache und dem alten Pumpwerk an der Reichenbergerstraße nun auch die im selben Block liegende älteste Desinfektionsanstalt Berlins in der Ohlauerstraße 39 abzureißen, wachte sich gestern die Fraktion der Kreuzberger FDP. Das Bezirksamt Kreuzberg beabsichtigt, Anfang der 80er Jahre auf dem Gelände ein Kinderzentrum zu errichten. Die FDP kritisiert vor allem, daß die Verwaltung noch keine „ins einzelne gehende Planung über die Größe und Anordnung der Gebäude vorlegen konnte, obwohl sie behauptet hatte, daß die Planung abgeschlossen sei“. Sie will deshalb einem jetzt vorgelegten Bebauungsplan nicht zustimmen. (Tsp)

Kontis

Menschenjäger wider Willen?

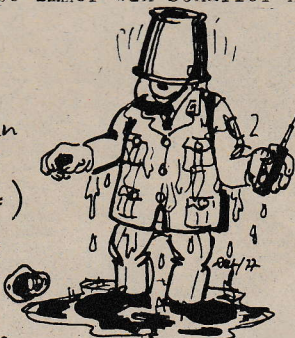
14

Auf Seite 11 im letzten BUG

Auf Seite 11 im letzten BUG -übrigens sehr informativ- ist zu lesen, daß die neuerdings aufgetauchten Mase en der Kontis bei der BVG zu überprüfen sei, zwecks ihrer Echtheit. Nun, diese Sorge ist schnell erledigt. Nachdem ich in der letzten Zeit öfters das Vergnügen hatte, mich mit diesen Kontis zu unterhalten habe ich sehr erstaunliche Sachen erfahren. Diese Gelegenheit hat sich immer dann geboten, wenn Benutzer des sozialen Null-Tarifs aufgespürt werden sollten. Ich hatte dann jedesmal die Möglichkeit, die Kontis in Gespräche über Sinn und Unsinn von E ihren Jobs zu ziehen. Später auf dem Bahnsteig zeigte ich dann immer brav meine Monatskarte und der Rest der Verfolgten war jedesmal spurlos verschwunden, sowas auch... Bei dem Gespräch stellte sich heraus, daß ~~XXX~~ die Kontimassen Resultat der Rationalisierung bei der BVG sind. Die ersten, die vom Schaffnerdienst zum Menschenjägerdienst (wider Willen) überwechseln müssen, sind diejenigen, die Dich auf 'nem Oberdeck auch mal haben umsonst fahren lassen. Für die Konti is mit denen ich das Vergnügen hatte, war es auch glasklar, daß sie auch versuchen würden abzuhaue n, in übrigen sei die BVG auch wirklich zu teuer. Es ist ihnen im Prinzip auch egal ob sie jemanden erwischen oder nicht, sie bekommen ihr Geld auch so. Drüberzucken wenn wieder jemand "das einzig richtige tut" (wörtliches Zitat) ginge deshalb nicht weil zu jeder Dreiergruppe immer ein "Scharfer Hund" eingeteilt wird.

(Wie aus einem scharfen Hund ein begossener Pudel wird:)

ODER SOLLTE DIES EIN KOB SEIN, DER ZU DICHT AM BER HAUSERFRONT LUSTWANDELTE ?



manchmal würden sich die Leuten auch so anstellen, daß sie einfach mit rauskämen usw. Damit ich jetzt nicht mißverstanden werde, ich will absolut keine Lanze für die Kontis brechen. Ich finde aber, daß sich sone Kollektivwut (die ich verstehe, mich haben sie auch mal zusammengeprügelt) überhaupt nicht lohnt. Viel besser wäre wenn die Typen auftauchen und man/frau hat 'ne Karte großes Theater anfangen, laut diskutieren, mit rausgehen um so die anderen ohne Karte zu decken. Wer an nen "guten" Konti gerät darin bestärken drüberwegzucken und mit den Kollegen zu diskutieren, er ist nicht allein.. Wer an solche Schweinehunde gerät, da find iens dann auch richtig sich Name und Adresse zu merken.....

Nochwas zum Nichtrauchen inner Gelben, ich finds toll (bin halt einer von denen, die immer Rauchverbot fordern...) allerdings freuen mich auch die, die sehr demonstrativ inner Gelben oder auf dem Bahnsteig rauchen. Das die BVG das Nichtrauchen aus Liebe zur Umwelt ~~besteht~~ einführt ist klar, auch nur'n Witz. Einer von den Kontis hat mir erzählt, daß 50 % des Reinigungspersonal "eingespart" worden sind. Sehr viel Liebe muß ich da sagen.... Um der BVG son bißchen auf die Sprünge zu helfen in Sachen ~~Wirtschaftlichkeit~~ Konsequenz können wir uns die immer noch vorhandene Raucherwerbung näher betrachten und der BVG das ~~xxx~~ Papier zur Altpapiergewinnung zuschicken, mit dem Hinweis wie umweltfreundlich das ist. Im Rahmen einer größeren Aktion würde das sicher manches Büro zum Überquelln bringen, vor Dank für soviel Initiative verstent sich.....

Ein täglicher BVG-Benutzer
ich bin zwar Nicht-
raucher, kann aber trotzdem
dem den Artikel unterstützen
(ich auch)

Streit um BVG-Lehrlinge geht weiter

Verkehrsbetrieb legte Berufung gegen Urteil des Arbeitsgerichts ein

Die BVG hat jetzt im Fall der NichtEinstellung zweier junger Leute als Betriebschlosser-Lehrlinge Berufung gegen das Urteil des Arbeitsgerichts eingelegt, das den Verkehrsbetrieb dazu verpflichtet hatte, das Einstellungsverfahren fortzusetzen.

Das Urteil war, wie berichtet, am 25. Oktober letzten Jahres verkündet worden, Anfang Februar lag es in der schriftlichen Ausfertigung vor. Wie in den Urteilsgründen ausgeführt wird und vom Tagesspiegel bereits gemeldet wurde, hatte die BVG mit den beiden Bewerbern bereits einen Vorvertrag über eine Einstellung als Lehrlinge geschlossen; sie zog ihre Zusage zurück, nachdem der Verfassungsschutz sich von sich aus in den Bewerbungsverfahren eingeschaltet und dem Verkehrsbetrieb "Erkenntnisse" übermittelt hatte. Danach gehörten die Bewerber einer Szene an, die auf Grund ihrer politischen Überzeugung zu Gewalttätigkeiten neige.

Als das Arbeitsgericht im Verlauf des mehrmonatigen Prozesses dazu zu erkennen gab - und auch jetzt im schriftlichen Urteil ausführt -, daß die beiden Lehrlinge kein Sicherheits-

risiko für die BVG darstellen, fand der Betrieb einen Helfer aus dieser prozessualen Klemme im Gesamtpersonalrat. Obwohl für das Einstellungsverfahren nicht zuständig, stimmte die Personalvertretung gegen die beiden Bewerber, nachdem sie entsprechend aufgefordert worden war.

Der Vorsitzende des Personalrats soll dazu noch in "Löwenbals" ZDF-Magazin erklärt haben, man habe kein Verständnis dafür, daß Terroristen im öffentlichen Dienst eingestellt werden. Da der Gesamtpersonalrat ohnehin für die Einstellung der beiden Bewerber nicht zuständig war, kam es nach der Auffassung des Arbeitsgerichts auf den Fernsehauftritt des Personalvertreters für das Verfahren nicht an.

Das Gericht wertete ein dergestaltetes Zusammenwirken zwischen Betrieb und Personalrat dennoch nicht zu Lasten der BVG, sondern verurteilte den Verkehrsbetrieb dazu, den ganzen Mitbestimmungsvorgang noch einmal durchzuführen, diesmal aber mit der richtigen (örtlich zuständigen) der über ein Dutzend Personalvertretungen, die der Eigenbetrieb sein eigen nennt.

262. (Tsp)

... WELCH VERWERFLICHES TUN
ZWEI KONTROLLÖHRE WOLLTEN
DREI TYPEN ZUR KASSE "BITTEN".
ABER DIESE BÖSEN-BÖSEN WOLLTEN
NICHT UND SIE WAREN IM KARATESPORT
RECHT KUNDIG. KURZUM: DIE BLAU-
JACKEN BEKAMEN SO EINIGES AB UND
LANDETEN SCHLIESSLICH AUF DEN GELEISEN
DES U-BAHN HOF HERMANN PLATZ
... DIE ÄRMSTEN!

DAMIT MUSS EIN KOB SCHON RECHNEN!

... AM SONNTAG NACHMITTAG KAM ICH VOM KOTI DIE DRESNERSTR. RUNTER, ALS AN DER ECKE ZUM ORANJEN PLATZ 2 KOB'S VON EINEM FIHER VOLL WASSER ANGEGRIFFEN WURDEN, DER VON OBEN AUS IRGEND EINEM FENSTER KAM. ZIEHLICH NASS UND VÖLLIG VERDUTZT SPÄTEN DIE BEIDEN NACH OBEN, KONNTEN ABER NIRGENDWO WAS VERDÄCHTIGES ENTDECKEN, EIEI EIEI.....

BROSCHÜRE: "WIE DER STAAT DIE GESELLSCHAFT IN DEN GRIFF BEKOMMT, SCHATTENSEITEN DESKOB" erhältlich in den Buchläden, 3DM



WO IST DER SYMPATISANT?
FASS !!

Bitte in Zukunft nur noch Leute für's Impressum benutzen, die skat spielen können; sonst wird es so langweilig in Moabit.....

auch heute wieder ein:

BUG-Witz der Woche!

Warum kommen eigentlich die Leute der Schreibtischtäterbande um Senat und Bewag niemals in den Himmel, sondern grundsätzlich nur in die Hölle?

Tja, Drachen steigen nun mal nicht höher als 200 Meter!

kurzmeldungen-kurzmeidungen-kotzmeldungen-kurzmahnung

-Auf der U-Linie Tegel-Alt Mariendorf steigen in letzter Zeit häufig Zivile ein, um die Ausweise von Leuten, die wie Ausländer aussehen, zu kontrollieren.

ob die kontis menschenjäger wider willen sind, zweifle ich echt stark an, auf jeden fall ist immer ein scharfer hund dabei. als ich neulich mit der gelben im berliner-sumpf-untergrund fuhr (leider war der zug schon wieder am anfahren, sonst hätte man/frau noch was machen können), sah ich, wie die konties auf einen typen einschlugen, der wohl versuchte, abzuhaue n, da er wohl keine fahrkarte hatte. außerdem ist mir aufgefallen, daß bei groß angelegten kontrollen die bullen oben am tor warten (z.b. paradestr.) außerdem ist es wichtig, wenn ihr auch mal kurz berichtet, was euch so passiert.

TERMINE 15

Extrem wichtig!

1978 FEB 31

- Die., 28.2. Prozeß gegen Eb Dreher. Saal 500, Moabit, Turmstr. 9 Uhr. Auch wenn's früh ist....
- Mitt. 1.3. Plenum: Energieplanung und Umweltschutz 19.30 Ev. Gemeindezentrum, Götzstr. 24
- Do. 2.3. Prozeß gegen Eb Dreher s.o.
- Frei. 3.3. BI Gasturbine, Unterhafen / Neukölln 19.30 Tabea-Gemeinde, Aronstr., gegenüber vom Arbeitsamt
- ca. 20⁰⁰ Info- und Diskussionsveranstaltung des AGIT-KOMITEES + des DRUGSTORES im Drugstore!
- Freitag immer noch Große Marmeladen-Session im OBJEKTIV! Alle, die Lust und Instrument haben, treffen sich abends im Objektiv, Baerwaldstr. und machen einen los. Gitarren, Posaunen, Saxophone, Mundharmonikas, Lieder, Geigen und alles, was Töne macht. Kleine Verstärker und Mikros für möglichst akustische Instrum. sind schon da.
- Mo. 6.3. Kommt Alle zum Mehringdamm zum BUG'-legen! Pünktlich ab 17 Uhr. 19.30 (beim 19.30) Agit-Komitee (Mehringd. 93)

an die beiden wedding-wgs

euer artikel (die fortsetzung) kann leider aus technischen gründen erst im nächsten BUG erscheinen.
ein interessierter BUG-leser möchte sich mit euch in verbindung setzen, aufruf ebenfalls in der nächsten ausgabe.



an die leute, die am mittwoch beim prozeß gegen roland fritsch anwesend waren. wo bleibt euer erlebnisbericht?

prozeß gegen eb dreher läuft immer noch! jeden dienstag und donnerstag um 9,00 uhr saal 500, moabit, turmstr.
auch hier wär's wichtig zu wissen, was da so abläuft.

inhalt:

- seite 1 ist logischerweise die titelseite.
seite 2 ist die nach der ersten seite.
bug-familienecke, siehe auch seite 3+4
müll-prozess gegen margit czenki
indianer-ecke
seite 5 kb gegen fit, +1984
seite 6+7 objektiv+kollektiv+subjektiv+positiv+substantiv
seite 8 ching chong meint,
seite 9 demo in almelo
seite 10 berichte aus hannover+ alternativpressetreffen
seite 11 bi energie u. umweltschutz/
seite 12 aktuelle ökologieseite
seite 13 dachprozess +pressespiegel
seite 14 kontis+bug, +bug-witz-der-woche
seite 15 termine tellerine-inhaltsverzeichnis
seite 16 kleinmann-kann-dann-und-wann-anzeigen

Impressum:

V.i.S.d.P. G.s.t.s.:
Bernd Laurisch
1 Bl. 44, Lenastr. 20

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Diese Zeitung erscheint auf Umweltschutzpapier

Auflage: 2000

Kollektiv-kneipen Treffen

Auf dem Treffen der Berliner Kollektiv-Kneipen wurde ausgemacht abwechselnd in allen Kneipen Video-Filme zu zeigen, als einen Schritt von Zusammenarbeit. Filme mit Inhalten, die wir wichtig finden sollen gezeigt werden, und zwar jeweils zuerst in den Kneipen, die ökonomisch mehr Schwierigkeiten haben. Als erstes soll der Feuerwachenfilm gezeigt werden, wozu Leute von der Feuerwache da sein werden um über die Prozesse und was sie sonst noch vorhaben zu berichten.

Termine, Feuerwachenfilm, jeweils 20³⁰

- Do. 2.3. Quasselkiste, 1/36 Wrangelstr. 3
Fr. 3.3. Linde, 1/12 Sphie- Charlottestr.
So. 5.3. Objektiv, 1/61 Baerwaldstr. 63a
Di. 7.3. Schlemihl, 1/61 Annat Ecke Nostitzstr.
Die anderen Termine kommen im nächsten BUG.

Das nächste Treffen ist am So. 5.2. 14 Uhr im Objektiv.

Tagesordnung:

Selbstverständnisdiskussion
Kriterien für eine Zusammenarbeit
(Sollten alle mal schriftlich ihre Vorschläge mitbringen, damit es nicht so unverbindlich bleibt) + die Thesen S. 7 diskutieren.

WIR WOMEN'S
ANDERS

ist 'ne Zeitung von Selbsthilfe-Gruppen.

Die ersten beiden Nummern wurden von der

Arbeiterselbsthilfe

Bonames/Frankfurt gemacht.

Vielleicht bringen die darin enthaltenen Diskussionen und Selbstdarstellungen auch was für die Berliner Kollektivis, um die Diskussion über Perspektive und Zusammenarbeit zu befruchten.

gibts in den Buchläden + im Objektiv

KEIN SELBSTSTREBEN IM EIGENDRUCK!

EIGENTOR IST SELBST BETRUG
SELBSTBUG IM EIGENDRUCK

Sehen sie tolle 2-fach-Klapp-Verpackung!

Eine Lesermeinung:

Wie fange ich ein Krokodil? Ich fahre an den Nil (Afrika) und spanne ein Netz auf. Davor lege ich ein aufgeschlagenes Exemplar der Revue TRAUMSTADT (welche Seite man aufschlägt ist egal). Nach ca. 10 Min. kann ich davon ausgehen, daß das neugierige Krokodil aus dem Gebüsch kommt und sich über unseren Köder beugt. Nun geht alles ganz schnell. Unser vier beiniger Freund wird sehr schnell in einen Tiefschlaf verfallen und nun schlagen wir zu (aber nicht zu doll, wir wollen ja unseren zukünftigen Hausenossen und Bullenvertreiber nicht vergraulen). Ein Tip: Traumstadt mehrmals verwenden, da es recht teuer ist!

(Mußten es aus Platzgründen leider umtippen, übrigens fände der Tipper gar nicht schlecht wenn wir wieder zusammenkommen würden, langweiliger als das BUG, bzw. was in der Szene überhaupt so läuft ist die Traumstadt nämlich auch nicht) Grüße an Martin Andi, Christian und die andern A)

EIGENBUG IM SELBSTBERUG

Selbstbetörung im Eigentor
Selbstor ist Eigentor

ei ei O

hastdunichtgeshehnschonsindsiedadielinksradikalenhor
denubndmachenputzdaßduglaubstdaschlagdocheinerlanghi
naberbevordudirwasdenksthabenseschonnenKOBmitmarmela
debeschmiertnasowas....

Feuerwache war's gewesen

helaü aapag

Wenn's die O45 nicht bald packt, die Seite
plünnich aus!

BIMBO (ROMA) läßt grüßen!

KLEIN★ANZEIGEN

MONI MONI MONI MONI

Selbst drückt einen ganz lieben
Gruß an die Pöcker-Teufelchen
aus die restl. Welt die lieben
Hausbau ★★☆☆☆

+ n ganz lieben Gruß wieder
an die Syntia (die restl. Welt)



Liebe Helga, schön, daß du wieder da bist. Hast
Du noch 'ne kalte Nase? Liebe Grüsse von W + M.

Damit Dir's nicht zu sehr auf den Wecker geht
mit der ganzen Diskutiererei über's Info mal
was Nettes - Eine Kleinanzeige nur für dich
allein,

für
Karin

Heiraten wir nie !!!!!!!

WEN ?

Ich möchte immer noch Baby-sitten. Bitte
anrufen: 612 16 37, Josefina. Wer weiß was?

Dringend: ein lieber ausländischer Genosse von
mir soll von den Bullen rausgeschmissen werden.
Nur heiraten kann noch helfen. Meldet Euch bitte
bei mir: W. Sporrer, Böckstr. 49, Berlin - 61.

überhaupt: Gruß an Karin !!

An alle, die's angeht:
"Okay, okay, mit dem Kopf durch die Wand: aber
was macht ihr dann in der Nachbarzelle?"

gelbe Zahnbürsten haben leider schonzeit!

Hallo Rosi Willkommen in Berlin Gavi.

Verkaufe umständehalber (Ausreise nach Tunix)
viel Zeug:

- 1 Videoanlage Sony
- 1 Recorder (Farbe/Schnitt)
- 1 Recorder (tragbar)
- 1 Kamera
- 1 Monitor (TV - Video)
- 2 HF-Mod.
- 2 Fernseher
- div. Kabel
- Mikrophone/ Stativ
- 2000 Watt-Licht
- 10 Std. Bandmaterial

für
3500,- DM

Tel.:
465 11 08

VB
4.000,-

- 1 Mercedes-Kombi
190 C; Bj. 63; 90.000 km
TÜV - 2.80 (neue)
div. Extras: Brücke, Stereo-
Cassett., Radio, Klappsitze,
Lüftung
technisch einwandfrei!



IMMER DAS GLEICHE:
STUDENTEN ÜBERPRÜFEN, STUDENTEN
ÜBERPRÜFEN!

ICH KANN NICHT MEHR HÖREN:
BEZIEHUNGSFRUST !!
BEZIEHUNGSFRUST !!

Praunthoch! Immunschutz
Ich hab aus Versehen Maria-
nes Plütze mitgenommen. Die
schick ich euch. Könnt ihr mir
dafür den Ohring schicken,
den wir liegen gelassen haben.

Suche dringend Zeugen, die bei
der Hausbesetzung am 16.9.77
in der Gieselerstr. da waren und
etwas zur zweiten Festnahme an
diesem Tag sagen können.
bitte unter 3059352 Nachricht hin-
terlassen (eure Adresse)

noch was zum BUG 1009, letzte Seite

tut mir leid, daß das Bild beim Druck nichts ge-
worden ist. In einen der nächsten BUG-Ausgaben
erscheint das Bild noch einmal, dann aber hoffent-
lich gut sichtbar.
Der Text jedenfalls war folgender:
"Ich trinke Mrdermeister, weil das Modell
"selbstmord so gut klappt"
wer die Phantomgestalt war und was er in den
Händen hielt, dies alles wie gesagt in einen
der nächsten Ausgaben.

TAUSCHE KLAVIER
GEGEN IRGENDEN
HARMONIUM, AM
BESTEN EIN INDISES
2152562-NIELS

JOHNNY DIE
ENDLICH SCHEINT
WIEDER

Liebe Barbara! Wie
schön, daß Du wieder
mal im Berlin bist.
Gag meinem Freund

WER FÄHRT DENN MIT
DEM AUTO 20 um
den 20. März rum nach
Italien?!? Ruff doch
bitte an - Ortrud
215 49 75

Ich bin enttäuscht (ein bißchen
jedem falls) von euch. Trotzdem
viele liebe Grüße an Rolli,
Susi, Angela! Meldet euch
mal! Examen (I. Teil) habe
ich endlich hinter mir!

NOCH 'N GANZ LIEBEN
GRUSS AN DIE LIEBE INKA
AUS DEM PALLASDCHUNGEL
... UND DASS SIE BALD DIE ANGST
VOR DEN BULLEN VERLIERT.

LEIK
WUSEL

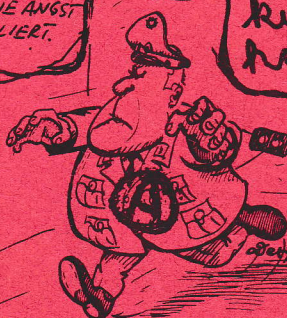
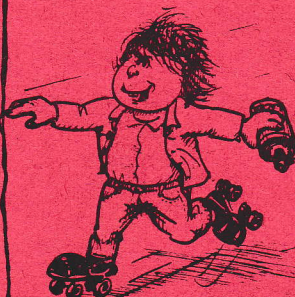
Manfred, daß ich ei-
nen tollen Spanisch-
kurs für uns beide
habe. Gott ist doch
Martin

Amtl. + bugl. Bekanntm.:

Tina und Amelie sind
wieder im Lande. Ihr
könnt wieder anrufen
oder vorbeikommen!

Werner, Gerald, Rolli,
So. 5.3. 11 Uhr Frühstück
bei mir nicht vergessen!

Einen besonders dicken
Kuß für Rita von Matthias



Leuchtauge, leuchte
weiter so...
Dein Trauma